

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonnezelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Zum Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II.

Fünfundzwanzig Jahre sind am 16. Juni d. Jrs. verfloßen seit dem Regierungsantritt unseres Kaisers. Unter seiner Regierung hat das deutsche Volk eine ununterbrochene Friedenszeit erlebt. Hierdurch und durch die Entwicklung der Technik konnten Gewerbe, Handel und Industrie einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Wilhelm II. galt und gilt als ein sehr großer Friedensfreund, wofür ihm der Dank der Nation sicher ist.

Die Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Als Wilhelm II. dem so früh verstorbenen Kaiser Friedrich III. in der Regierung folgte, zählte das deutsche Reich 48 Millionen Einwohner; auf dem gleichen Grund und Boden finden jetzt 65 Millionen Deutsche ihren Lebensunterhalt. Grund und Boden kann nicht vermehrt werden, darum konnte der enorme Bevölkerungszuwachs in der Landwirtschaft seine Existenz nicht finden, sondern er mußte in Industrie, Handel und Gewerbe untergebracht werden. Und die Tatsache, daß die Auswanderung aus Deutschland zurückging von 98 000 im Jahre 1888 auf 22 000 im Jahre 1911 beweist, daß die deutsche Industrie ihre Aufgabe unter der Regierung Wilhelm II. glänzend gelöst hat.

Wir können im Rahmen dieses Artikels nicht die ganze wirtschaftliche Entwicklung zahlenmäßig vorführen, sondern müssen uns auf eine orientierende Uebersicht beschränken, die naturgemäß im besonderen Maße das berücksichtigt, was uns Metallarbeitern am nächsten liegt.

Die Metall- und Eisenindustrie ist in den letzten 25 Jahren das Rückgrad der deutschen Volkswirtschaft geworden. Die Roheisen-Produktion stieg von 1888 bis 1912 von 4 Millionen auf ca. 13 Millionen Tonnen, und die Erzförderung verzehnfachte sich, von 2 auf 20 Millionen Tonnen. Hand in Hand damit ging die Erzeugung von Flußstahl, die sich mehr als verzehnfachte, von 1,3 auf 15 Millionen Tonnen. Eine nicht minder glänzende Zunahme verzeichnen die Dampfmaschinen. Ohne die Lokomotiven und die in See und Marine tätigen Dampfmaschinen würden in Preußen gezählt:

1879	35 960	Dampfmaschinen mit	984 000	Pferdest.
1910	88 187	Dampfmaschinen mit	5 837 782	Pferdest.

Die gewaltige Entwicklung der Produktion hatte eine immense Vermehrung des Verkehrslebens im Gefolge. Das Eisenbahnetz wies 1910 eine Länge von 59 000 Kilometern auf gegen 37 000 im Jahre 1885. Der Güterverkehr stieg in der gleichen Zeit von 157 auf 575 Millionen Tonnen. Die Beförderung der metallindustriellen Güter ging in die Höhe von 8 Millionen im Jahre 1888 auf 30 Millionen Tonnen im Jahre 1910.

Gewaltig ist das Post-, Telegraphen- und Telephonwesen vorwärts gegangen; dafür auch nur einige wenige Zahlen. Es waren vorhanden:

	1885	1910
Postanstalten	17 452	40 810
Telegraphenämter	13 452	45 116
Orte m. Telephonverkehr (i. J. 1888)	188	36 665

Die bei den Postanstalten eingegangenen Briefsendungen sind im gleichen Zeitraum von 1149 Millionen Stück auf 5677 Millionen Stück gestiegen.

Aus- und Einfuhr sind selbstredend nicht zurückgeblieben, sondern verzeichnen ebenfalls eine geradezu riesenhafte Entwicklung. Der Gesamtwert des deutschen Außenhandels betrug i. J. 1886 insgesamt 6287 Mill. Mark, gegen 17 647 Millionen Mark im Jahre 1911. Die Eisenindustrie ist am deutschen Außenhandel in ganz hervorragendem Maße beteiligt, so betrug die Ausfuhr an:

	1888	1912
Roheisen	193 000 Ton.	1 015 000 Ton.
Fertigerzeugnisse	850 000 Ton.	4 970 000 Ton.

Der große Anteil der deutschen Eisen- und Metallindustrie am Ausfuhrgeschäft, ist in die Augen springend, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Ausfuhrwert an Maschinen aller Art im Jahre 1893 rund 64 Mill. Mark betrug gegen 544 Millionen Mark im Jahre 1911. Der Anteil der groben und feinen Eisenwaren stieg in derselben Zeit von 93 auf 305 Millionen Mark. Eine ganze Anzahl Branchen sind während der Regierungszeit Wilhelms II. in der Metallindustrie neu entstanden oder doch erst zur Bedeutung gelangt, erinnert sei nur

an die elektrotechnische und die Kraftfahrzeugindustrie, deren Beteiligung am Ausfuhrgeschäft ebenfalls schon ganz bedeutend ist.

Ein solch bedeutender Außenhandel rechtfertigt die Schaffung einer Kriegsstotte, die Deutschland der persönlichen Initiative seines Kaisers verdankt. Diese Tat wird dereinst zu den Großtaten der Weltgeschichte gezählt werden.

Die Sozialpolitik.

Die große Bevölkerungszunahme während der Regierungszeit des Kaisers konnte nicht, wie schon hervorgehoben, in der Landwirtschaft untergebracht werden. Fast restlos wurde der Geburtenüberschuß von der Industrie aufgenommen. Der Löwenanteil ging in die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. Die metallindustriellen Unfallberufsgenossenschaften zählten im Jahre 1888 rund 726 000 versicherte Personen gegen 2 352 000 im Jahre 1911. Während sich in diesem Zeitraum die Bevölkerung um ein Viertel vermehrte, vergrößerte sich in der Metallindustrie die Zahl der Versicherten um mehr als das Dreifache.

Die Zahl der versicherten Personen in den Unfallberufsgenossenschaften der Metallindustrie entwickelte sich in den letzten 25 Jahren folgendermaßen:

	1888	1911
R.-G. d. Feinmechanik	45 818	310 313
Rhein.-Westf. Maschinenbau-Metallindustrie R.-G.	74 474	254 801
Chemische Industrie R.-G.	85 169	241 470
Süddeutsche Eisen- und Stahl R.-G.	89 400	233 766
Rhein.-Westfälische Hütten- und Walzwerks R.-G.	79 678	193 928
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl R.-G.	55 015	179 890
Nordwestliche Eisen- und Stahl R.-G.	63 232	170 104
Schmiede R.-G.	47 812	155 582
Norddeutsche Metall R.-G.	47 812	147 879
Nordöstliche Eisen- und Stahl R.-G.	46 394	136 964
Schlesische Eisen- und Stahl R.-G.	54 807	117 884
Südwestliche Eisen- und Stahl R.-G.	34 422	91 167
Südwestdeutsche Eisen R.-G.	20 097	64 903
Musikinstrumentenindustrie R.-G.	20 192	61 782
Zusammen	726 570	2 352 039

Es ist selbstverständlich, daß der Arbeiterstand durch den Staat geschützt werden muß. Leider ist das nicht überall der Fall. Die alten Industrieländer England und Amerika haben auf diesem Gebiete dem übrigen Europa gerade kein gutes Beispiel gegeben. Wenn daher Deutschland hinsichtlich der Sozialpolitik an der Spitze marschiert, dann ist dieses sehr wesentlich auf die Initiative des Kaisers zurückzuführen, die ihren ersten Niederschlag fand in den bekannten Erlassen des Monarchen vom 4. Februar 1890 an den Reichskanzler und die Minister für Handel und Gewerbe und der öffentlichen Arbeiten. In dem einen wird der Reichskanzler aufgefordert, mit den Kabinetten der Industriestaaten Unterhandlungen zum Zwecke einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit zu beginnen, „denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Umständen der letzten Jahre und anderweit zutage getreten sind“. Der andere, der das eigentliche sozialpolitische Programm des Kaisers enthielt, sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

„Bei Meinem Regierungsentritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeitergesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gehörenden Klagen und Wünschen, so weit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon ausgehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Beförderung der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gleiche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren in Fühlung zu erhalten. Die staatlichen Bergwerke nämlich Ich bezüglich der Fürsorge für Arbeiter zu Mustereinstellen entwickelt zu sehen und für den Privat-Bergbau entsprechende

Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat. Zur Vorberatung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrat unter Meinem Vorhabe und unter Zugiehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schriftleitern, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelung der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.“

Berlin, 4. Februar 1890.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

Wilhelm I. R.

„Es war sehr viel“, sagte Professor Dr. v. Wiese in seinem Buche „Graf Posadowsky als Sozialminister“, S. 26, „was dieser Erlass in Aussicht stellte.“

In der Sozialpolitik sind während der Regierungszeit unseres Kaisers unter anderem folgende bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Im Jahre 1889 wurde die Alters- und Invalidenversicherung eingeführt. Gewerbegerichte erhielten wir 1890. Das Jahr 1891 brachte eine Neuordnung der Gewerbeordnung, worin besonders die Sonntagsruhe, der Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen geregelt wurde. Das Krankenversicherungs-gesetz wurde 1903 erweitert, das gleiche Jahr brachte die Kaufmannsgerichte. Die Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Grobblechindustrie trat im Jahre 1909 in Kraft. Das Jahr 1908 brachte eine Novelle zur Gewerbeordnung, wodurch die Arbeiterinnen die 58stündige Arbeitswoche erhielten. Die letzten Jahre brachten das Hausarbeitsgesetz, die Angestelltenversicherung und die Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung

entzieht u. a. folgende Vorteile:

1. Weitere 7 Millionen Personen (Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter) sind in die Krankenversicherung einbezogen worden.
2. Der der Festsetzung des Krankengeldes zugrunde zu legende Arbeitsverdienst ist auf 5 bzw. 6 Mk. erhöht worden.
3. Der Kreis der Unfallversicherten wurde erweitert.
4. Der bei der Rentenberechnung zur Anrechnung kommende Jahresarbeitsverdienst wurde von 1500 auf 1800 Mark erhöht.
5. Die Reichsinvalidenrente wurde durch eine Kinderzuschlagrente für jedes Kind unter 15 Jahren erhöht.
6. Die Witwenversicherung.
7. Die Waisenversicherung.

Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherung bringt, werden auf 150 bis 200 Millionen Mark geschätzt.

Wenn man diese sozialpolitischen Fortschritte einer leidenschaftslosen Nachprüfung unterzieht, muß man zugestehen, daß es unbefreitbare Erfolge sind. Gewiß, noch ist nicht alles erfüllt, was der Februarerlass in Aussicht stellte. Daß der Arbeiterstand heute immer noch ohne Arbeitskammern ist, ist sehr bedauerlich und auf Einflüsse zurückzuführen, deren Widerstandskraft unter allen Umständen gebrochen werden muß. Auch die in dem Erlass angelegene Vermittlungsinstanz bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, fehlt in der Montanindustrie vollständig. Probenhafter denn je stehen die Herren von Eisen und Kohle auf dem „Herrnhaufe-Standpunkt“. Aber auch dieser Widerstand ist da, um überwunden zu werden.

Alles in allem genommen, weiß das deutsche Wirtschafts- und Kulturleben in der Regierungszeit Wilhelm II. ganz erhebliche Fortschritte auf. Dessen wollen wir uns freuen und zu unserem Teile mitwirken am weiteren Blühen und Gedeihen des lieben deutschen Vaterlandes.

Die christlich-nationale Arbeiterkammer steht fest und treu zu Kaiser und Reich und nimmt lebhaften Anteil an dem Wohl und Wehe unseres Kaiserhauses.

Zum Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelm II. fassen die christlich-nationalen Metallarbeiter ihre Glückwünsche zusammen in die Bitte an den Allerhöchsten:

Gott schütze Kaiser und Reich!

Streiks und Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1913

Auch im vergangenen Jahre ist von unserm Verband wieder erfolgreiche Staudarbeit für die christlich organisierten Metallarbeiter geleistet worden. An den Bewegungen des Jahres 1912 waren 13 488 Mitglieder, darunter 120 weibliche, beteiligt, eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht worden ist. Insgesamt sind 289 Streiks und Lohnbewegungen geführt worden. Davon konnten 207, das sind rund 72 Prozent, auf friedlichem Wege erledigt werden, während 82 zur Arbeitszeinstellung führten. Von 82 Arbeitszeinstellungen waren 47 Angriffsstreiks, 34 Abwehrstreiks und eine Aussperrung. Allein führte unser Verband 95 Streiks und Lohnbewegungen und 193 gemeinsam mit anderen Organisationen. Bei den gemeinsamen Bewegungen gehörten in 47 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten dem christlichen Metallarbeiterverbande an.

Die Ursachen der Streiks und Lohnbewegungen waren: Lohnforderungen in 118 Fällen, Arbeitszeitverkürzung in 33, Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit in 41, Maßregelungen in 17, Lohnreduzierung in 46 und andere Ursachen in 86 Fällen.

Erfolgreich endeten 168 Streiks und Lohnbewegungen, mit teilweisem Erfolg 76, erfolglos blieben 44 und in einem Falle ist das Ergebnis unbekannt, weil unsere beteiligten Mitglieder anderwärts Arbeit annahmen.

Die nachstehende Zusammenstellung enthält vergleichende Angaben über Zahl, Art, Umfang und Ausgang der Streiks und Lohnbewegungen unseres Verbandes in den drei letzten Jahren.

Resultat	Angriffsstreiks			Abwehrstreiks			Aus-sperrungen			Be-wegungen		
	1910	1911	1912	1910	1911	1912	1910	1911	1912	1910	1911	1912
Erfolgreich	6	27	21	4	0	1	1	—	—	59	145	139
Teilweise erfolgreich	20	27	17	7	11	12	10	5	1	45	99	49
Erfolglos	4	15	12	7	4	13	2	2	—	12	23	19
Ohne Angabe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtzahl	30	69	48	18	24	34	14	10	1	116	271	205
Beteiligte Mitglieder	1399	1043	1446	667	524	357	303	355	207	682	808	1488

Die Zahl der Angriffsstreiks und der Aussperrungen ist gegen das Vorjahr zurückgegangen, dagegen zeigt die Zahl der Abwehrstreiks eine ganz erhebliche Zunahme. Ein Beweis dafür, daß die Unternehmer selbst in der glänzendsten Hochkonjunktur nicht vor Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse zurückschrecken. Worin gleichzeitig für die Metallarbeiter eine ernste Mahnung zum Ausbau der Organisation liegt. Wenn die Arbeitgeber sogar zur Zeit des wirtschaftlichen Hochstandes mit Verschlechterungen aufwarten, dann werden sie in Zeiten des Niederganges ganz bestimmt nicht davor zurückschrecken. Wehe den Arbeitern, die in solchen Momenten unorganisiert dastehen, diese Schläuberger, die immer glauben, ohne Verband auskommen zu können, müssen dann Lohnabzüge widerspruchslos hinnehmen, die täglich mehr ausmachen, wie der wöchentliche Verbandsbeitrag beträgt. In einem gut organisierten Betrieb wird eine einsichtige Werkleitung eine Kraftprobe vermeiden. Mit unorganisierten Arbeitern können die Werke machen, was sie wollen. Darum heizen wir vor. Das sind törichte Menschen, die mit der Feuerversicherung warten, bis ihre Sachseligkeiten brennen. Die wirtschaftliche Feuerversicherung und Rückendeckung für den Arbeiter aber ist der Verband. An allen anderen Stellen findet er verschlossene Türen. In der heutigen Zeitlage ist es für die Metallarbeiter außerordentlich wichtig, das bestehende zu erhalten. Um jeden Fußbreit vorwärts muß schwer gerungen werden. Darum sollten alle Berufscollegen und Kolleginnen sich der Organisation anschließen, damit sie nicht eines Tages dastehen, wie jene betäubten Lohgerber,

denen die Felle fortgeschwammen auf Nimmerwiedersehen.

Wie einleitend schon hervorgehoben, sind der lebhaften gewerkschaftlichen Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1912 die Erfolge nicht versagt geblieben. Erreicht wurde, auf das Jahr umgerechnet:

Für 5450 Mitglieder 503 060 Mk. Lohnerhöhung und für 4611 Mitglieder 390 234 Stunden Arbeitszeitverkürzung.

In einzelnen beträgt die Lohnerhöhung:

Für 767 Mitglieder 0,50 „ bis 1,— „ pro Woche	1,50 „ „ „	2,— „ „ „	2,50 „ „ „	3,— „ „ „	3,50 „ „ „	4,— „ „ „	4,20 „ „ „	4,50 „ „ „	5,40 „ „ „	9,— „ „ „
1840	1,05	1,50	2,00	2,50	3,00	3,50	4,20	4,50	5,40	9,—
1268	1,60	2,—	2,50	3,—	3,50	4,—	4,20	4,50	5,40	9,—
400	2,05	2,50	3,—	3,50	4,—	4,20	4,50	5,40	9,—	9,—
659	2,55	3,—	3,50	4,—	4,20	4,50	5,40	9,—	9,—	9,—
275	3,30	3,—	4,—	4,20	4,50	5,40	9,—	9,—	9,—	9,—
53	4,20	4,—	4,50	5,40	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—
66	4,50	5,40	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—
18	5,40	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—
4	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—	9,—

An Arbeitszeitverkürzung wurde erzielt:

Für 7 Mitglieder 24 Stunden pro Woche	4 „ „ „	3 1/2 „ „ „	3 „ „ „	2 1/2 „ „ „	2 „ „ „	1 1/2 „ „ „	1 „ „ „	1/4 bis 3/4 „ „ „
166	4	3 1/2	3	2 1/2	2	1 1/2	1	1/4 bis 3/4
36	3 1/2	3	2 1/2	2	1 1/2	1	1	1/4 bis 3/4
132	3	2 1/2	2	1 1/2	1	1	1	1/4 bis 3/4
346	2 1/2	2	1 1/2	1	1	1	1	1/4 bis 3/4
70	2	1 1/2	1	1	1	1	1	1/4 bis 3/4
3052	1 1/2	1	1	1	1	1	1	1/4 bis 3/4
455	1	1	1	1	1	1	1	1/4 bis 3/4
387	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4

Durchschnittlich wurde mithin erreicht für 5450 Mitglieder eine jährliche Einkommensverbesserung von 92 Mark, und für 4611 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 85 Stunden im Jahre. Das sind gewiß ganz beachtenswerte Erfolge, die aber längst nicht alles restlos widerspiegeln was für die Kollegen erreicht worden ist. Hierzu kommen noch eine ganze Reihe weiterer Erfolge, die sich zahlenmäßig, d. h. in Mark und Pfennig umgerechnet gar nicht wiedergeben lassen. Außer dem genannten ist noch erreicht worden:

Beijerbezahlung f. Ueber-, Nach- u. Sonntagsarb. in 33 Fällen	Gewährung von Urlaub	Freier Samstagnachmittag	Schnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	Einführung eines Arbeiterausschusses	Regelung der Akkordpreise	Regelung der Lohnzahlung	Bezahlung des Gehilfes	Abwehr von Abzügen	Zurücknahme von Maßregelungen	Besserung der sanitären Einrichtungen, bessere Behandlung, Regelung der Pausen	Sonstige Verbesserungen
6	2	2	3	6	17	5	3	18	6	18	24

Daß in diesen Verbesserungen außerordentliche Vorteile für die Kollegen enthalten sind, liegt klar zu Tage.

Tarifverträge

sind im vergangenen Jahre 28, die 332 Betriebe mit 3055 beschäftigten Arbeitern umfassen, neu in Kraft getreten. Davon waren 22 für 199 Betriebe und 1936 Arbeiter erstmalige Abschlüsse. Am Jahreschlusse war unser Verband insgesamt an 67 Tarifverträgen beteiligt, die sich über 2052 Betriebe mit 13 176 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. Auf die einzelnen Branchen entfallen Tarifverträge:

Tarife	Betriebe
Klempner, Installateure, Rohrleger, Elektro-monteur	20 1027
Schlossereien aller Art	14 423
Huf-, Wagen-, Ketten- u. a. Schmiedereien	6 141
Maschinen- und Metallwarenfabriken	15 15
Messer-, Schar- und Instrumentenbranche	4 436
Eisen- und Metallgießereien	4 4
Eisenfabriken	1 2
Druckindustrie	2 3
Chemische Industrie	1 1

greifender Stimmfläche haben sich als äußerst ökonomisch erwiesen, ebenso hat sich auch gezeigt, daß man am vorteilhaftesten mit Scheiben von wenigstens 45 Zentimetern Durchmesser arbeitet, und zwar ebenfalls zum Zwecke des rauhen Vorarbeitens, wie zum Schleifen.

Auf eine vollkommen starke Befestigung des Werkstücks legt man heute das größte Gewicht. Federn sind hier gänzlich ausgefallen worden. Die Maschinen werden schwerer gebaut wie je. Es ist jetzt ohne weiteres möglich, Arbeitsstücke von 2000 Kilogramm zwischen Spitzen zu schleifen, und zwar mit einer Genauigkeit von etwa 1/400 Millimeter. Die Arbeitsgeschwindigkeit ist dabei auch wesentlich gesteigert worden. Manche Fabriken schleifen heute von einem Werkstück von gegebenem Durchmesser einen Millimeter schneller herunter, als ehemals ein Drittel dieses Betrages. Das Stück wird jetzt lediglich noch vorgeschliffen und dann die ganze Fertigbearbeitung durch Schleifen bewirkt. Dabei ist aber natürlich auf besonders starke Dauer der Schleifmaschine Wert zu legen. In der Tat hat sich herausgestellt, daß man z. B. Werkstücke, für die man früher Maschinen von 1500 Kilogramm benutzte, vorteilhafter und ökonomischer mit solchen von 4000 Kilogramm und mehr bearbeitet.

Auch früher benutzte man zum Schleifen Wasser; aber erst die letzten Jahre haben den wahren Wert derselben recht klar gemacht. Infolgedessen arbeiten die neuesten Maschinen jetzt mit Wassermengen bis zu 180 Litern pro Minute. Dem beruhigen Wasser wird dabei Soda und Del zugefügt. Während das Wasser hauptsächlich zur Abführung der entstehenden Wärme dient, soll die Soda das Kleben des fertigen Arbeitsstückes verhindern und das Del zur Schonung der Arbeitsflächen der Schleifscheibe beitragen.

Eine sehr wichtige, in den letzten Jahren gemachte Beobachtung ist die, daß jedes zylindrische, zwischen Spitzen rotierendes Arbeitsstück, ganz unabhängig von seiner Länge und der mehr oder weniger großen Ungenauigkeit seiner äußeren Zylinderform, vollkommen genau rund geschliffen werden kann, wenn man es auf Supports fährt, die in fester Verbindung mit seiner unregelmäßigen Außenhaut stehen. D. h. also, man kann z. B. ein Lager oder irgend eine andere Stelle eines unbestimmten Werkstückes dadurch genau zylindrisch schleifen, daß man

Schwere, mühsame Arbeit mußte geleistet werden, um vorstehende, gewiß großen Erfolge zu erzielen. Große Opfer mußten dafür gebracht werden, sie sind aber nicht vergeßlich gewesen. Diese praktischen Beweise der gewerkschaftlichen Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes sollten jedem noch fernstehenden christlich-national gesinnten Metallarbeiter die Augen öffnen und ihm zeigen, wo er hin gehört. Die Kollegen, die den Anstoß nicht bald befürworten, schädigen sich nur selbst. Die Macht der Verhältnisse drängt zur Organisation, darum sollte keiner zurückbleiben.

Der weitans wichtigste Kampf des Jahres 1912, der sich bis weit in das laufende Jahr hinein erstreckte, und bestreuen in der vorliegenden Statistik keine Berücksichtigung finden konnte, war die Bewegung in der Mendener Metallindustrie. 1/2 Jahr haben diese Kollegen wegen der berechtigten Forderungen einer kleinen Anzahl Arbeiter im Kampf gestanden oder waren ausgesperrt. Weitere Einzelheiten können wir uns darüber sparen, weil dieser Kampf in ausführlichster Weise in unserem Verbandsorgan behandelt worden ist. Doch zwei Momente seien besonders hervorgehoben.

Der Mendener Kampf zeigt wie eng geschlossen das Unternehmertum sich organisiert hat in seinen Arbeitgeberverbänden. Daraus ergibt sich für die Metallarbeiter ganz von selbst die Notwendigkeit des lückenlosen Ausbaues der Arbeitgeberorganisation. Nur eine stark organisierte Arbeiterschaft kann dem organisierten Unternehmertum Erfolge abringen.

Ferner enthüllte der Kampf in Mendener restlos die schosfe Handlungsweise der Sozialdemokratie ausgesperrten christlichen Arbeitern gegenüber. Die christlichen Arbeiter werden es der Genossensippe nie vergeßen, daß die sozialdemokratische Presse den Denunzianten spielte, als unsere ausgesperrten Mitglieder sich in anderen Orten um Stellungen bemühten. Mit einem Wort, das Verhalten der Sozialdemokratie war der Gipfel der Schamlosigkeit.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß das sozialdemokratische Geschwafel von der angeblichen Rechtschwendung der christlichen Gewerkschaften durch die harten Zahlen unserer Streikstatistik als Lüge gebrandmarkt wird. Restlos entlarvt werden die roten Lügen, wenn man die Verhältnisziffern der Streikausgaben in unserem und dem sozialdemokratischen Verbände auf sich wirken läßt.

Von je 100 Mark der reinen Beitragseinnahme mußten in den letzten drei Jahren für Streikunterstützung aufgewendet werden:

Christlicher Metallarbeiterverband:	1910 27,27 Mk.	1911 32,— Mk.	1912 17,92 Mk.
-------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Sozialdemokratischer Metallarbeiterverband:	1910 23,59 Mk.	1911 28,32 Mk.	1912 13,40 Mk.
---	----------------	----------------	----------------

Wo in allen drei Jahren wendete unser Verband für Streikunterstützung eine verhältnismäßig größere Summe von den Beiträgen für Streikunterstützung auf, als der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Daß die Genossen angesichts dieser harten Tatsachen immer noch den traurigen Mut haben, ihre verleumderischen Anschuldigungen gegen die christlichen Gewerkschaften weiter zu verbreiten, beweist aufs Klarste, mit welcher elenden, hinterlistigen und unwahren Argumentationen die Masse von den Sozialdemokraten beschwindelt wird.

Weider ist es nicht möglich, den S.-D. Metallarbeitergewerksverein zum Vergleich heranzuziehen. Von dieser Organisation ist aus der sogenannten Abrechnung weder die Beitragseinnahme noch die Streikunterstützung ersichtlich. An sich ist das schließlich unwesentlich. Nach ihrem

Die Prinzipien des Rundschleifens.

Nachdruck verboten.

Das Schleifen als Ertrag des Drehens und Hobelns hat seinen Ausgang von Amerika genommen, und bis heute nimmt dieses Land auf diesem Gebiete noch die führende Stellung ein. Es dürfte daher interessant sein, an Hand eines Aufzuges des „Iron Age“ die neuere Entwicklung speziell des Rundschleifens in Amerika zu verfolgen.

Das Rundschleifen an sich ist schon sehr alt. Aber erst in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde es weiterer Kreise bekannt, und zwar durch die Einführung der Universal-Schleifmaschine der bekannten Firma Brown und Sharpe. Noch lange war man indes fast allgemein der Ansicht, daß diese Bearbeitungsmethode nur zur Entfernung einer schwachen Schicht und zur Bearbeitung gehärteter Gegenstände geeignet sei. Erst die neuere Zeit hat hierin Wandel geschaffen, nachdem die Erkenntnis durchgedrungen war, daß sich das Schleifen ganz besonders zur schnellen Massenbearbeitung von Gegenständen aller Art vorzüglich eignet. Heute steht die Schleifmaschine als vollwertiger Ersatz neben der Drehbank da, und es werden mit ihrer Hilfe nicht nur genau gearbeitete kleine Teile, sondern auch namenhafte Transmissionswellen bis zu den größten Dimensionen hergestellt.

Gerade im letzten Jahre ist wieder eine Anzahl wichtiger Fortschritte zu verzeichnen. Zunächst ist hier die Erkenntnis zu zählen, daß die Schleifmaschine selbst zur Erzeugung kleiner Teile möglichst schwer und stabil gebaut sein muß. Man erkannt, daß man, anstatt eine zwölffüßige schwerere Maschine zur Bearbeitung von Gegenständen von 6 Zoll Durchmesser zu benutzen, wenn man ökonomisch verfahren will, schon eine 12-füßige Maschine für ein bis zweifüßige Arbeit verwenden kann. Die Größe der Arbeit einer Schleifmaschine, so kann man sagen, hängt von dem Gewichte der Maschine ab, vorausgesetzt dabei, daß eine der Maschine und der zu leistenden Arbeit entsprechend gestaute Schleifscheibe zur Anwendung gebracht wird.

Die Erfahrung hat ergeben, daß die verhältnismäßig langsamsten Maschinen für die gleichen Arbeiten auch versehen gewornte Schleifmaschinen erfordern. Diese Schleifen mit voll an-

das Stück auf an ihm selbst befestigten Supportstücken rotieren läßt. Nach dieser Methode lassen sich jetzt auch dünne Stücke gut und schnell bearbeiten.

Das letzte Jahr hat Maschinen, Schleifmaschinen und Arbeitsmethoden hervorgebracht, die es ermöglichen, jetzt von einem rund zu schleifenden Körper pro Minute 15 Kubikzentimeter Material mit nicht größerem Arbeitsaufwande herunterzuschleifen, als noch vor zwei Jahren zur Entfernung von 7 Kubikzentimetern erforderlich gewesen wäre. Im letzten Jahre wurden auch enorm starke Maschinen eingeführt, die die Lokomotivkurvenstellungen in einem Sechstel der Zeit, die zur Bearbeitung der Drehbank erforderlich ist, so vollkommen fertig schleifen, daß eine Nacharbeit auf der Drehbank überflüssig wird. Ebenso werden auch andere schwere Teile jetzt schon vielfach geschliffen, statt gedreht.

Auch die Planschleifmaschine hat in neuerer Zeit Fortschritte zu verzeichnen. Man legt nicht mehr wie früher den Wert darauf, in einer Universal-Schleifmaschine ein für alle Fälle brauchbares Werkzeug zu haben, sondern sucht die Maschine in der Richtung zu vervollkommen, daß sie auf einem speziellen, enger begrenzten Gebiete das Höchstmögliche leistet. Jetzt baut man die Planschleifmaschine möglichst schwer und kräftig, so daß sie bei rauher Arbeit und roher, ungeschicklicher Bedienung ihren Dienst nicht verliert. Hierzu ist vor allem auch Einfachheit nötig, so daß jeder mittelmäßig intelligente Arbeiter, ohne es nötig zu haben, erst langjährige Erfahrungen zu sammeln, die Maschine verstehen und durch schnelle und gute Arbeit auszunutzen vermag.

Die Anwendung der in vorstehendem skizzierten Prinzipien hat zu dem hohen Aufschwung der Schleifarbeit und namentlich auch des Rundschleifens im Maschinenbau geführt, der so schnell und überraschend gekommen ist, daß mancher kaum noch etwas davon gehört oder die Kunde von den erzielten Erfolgen als übertrieben belächelt hat, während der Nachbar das Verfahren schon längere Zeit erfolgreich anwendet.

Tatsache ist, daß in einzelnen amerikanischen Werken heute schon 25 bis 75 Prozent der sonst für Dreharbeiten benötigten Zeit erspart werden durch rationelle Ergänzung der Drehbank durch die moderne Schleifmaschine.

Schmählichen Treubruch in Stolberg sind die Hirsch-Dunder für immer bei der denkenden Arbeiterschaft gerichtet.

Unsere Kollegen sollten im Hinblick auf die Tatsachen alles daran setzen, die nichtorganisierten Arbeitskollegen aufzuklären und sie unserem Verbands zuzuführen. Der christliche Metallarbeiterverband ist in jeder Beziehung eine durchaus leistungsfähige Organisation, er verfügt über alle Einrichtungen, die eine Berufsorganisation der Metallarbeiter bieten kann. Religiös und politisch neutral, können in ihm alle christlich-national gesinnten Metallarbeiter ihre Interessen wirksam vertreten.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Das Aussehen unserer Volkswirtschaft ist kein einheitliches. Der April ließ sich vielversprechend an. Der Geldmarkt zeigte eine plötzliche Entspannung, was eine der ersten Voraussetzungen für die Erhaltung der günstigen Wirtschaftskonjunktur ist. Leider erwies sich das Sinken des Privatdiskontes oder mit anderen Worten der Rückgang des Zinsfußes, welcher der Industrie allein billiges Geld verschaffen konnte, nicht als dauernd. Ende April und Anfang Mai wurde das Geld wieder teurer und blieb es bis heute, von kleinen Schwankungen abgesehen. Dazu kommen noch Sorgen politischer Natur. Zwar hat der Montenegroer dem Drängen der Mächte endlich nachgegeben, auch die Gefahr einer österreichischen Intervention und internationaler Verwicklungen wurde glücklich beseitigt; dafür aber kamen die Balkanstaaten selber hinter einander, und das genügt, um die Industrie weiter zu beunruhigen. Die zwei Momente haben in unserer gesamten Volkswirtschaft eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen, die sich vor allem in den Berichten der Industrie zeigt. Wenn nun diese auch keineswegs unfehlbar sind und sehr oft auch nicht zu sein wünschen, wäre es doch töricht, sie unbeachtet zu lassen. Nur muß man dabei die nötige Ruhe bewahren. Das ist um so leichter, als den pessimistischen Berichten eine Anzahl Erscheinungen des Wirtschaftslebens entgegenstehen, die das Gegenteil von einem wirtschaftlichen Niedergang sind. Wir nennen hier vor allem die Verkehrseinnahmen der Eisenbahnen und die Entwicklung des Außenhandels. Die ersteren sind auch im April sehr beträchtlich gestiegen, wenigstens — und das ist für uns die Hauptfrage — soweit der Güterverkehr in Frage kommt.

Eine andauernd ungünstige Entwicklung zeigt der Außenhandel. Die Werte der Einfuhr sind ebenso wie die der Ausfuhr stark gestiegen und übersteigen die entsprechenden Zahlen des Vorjahres ganz erheblich. Gerade die vermehrte Ausfuhrfähigkeit kann für unsere Industrie ein Ventil bilden — vorausgesetzt, daß der Auslandsmarkt nicht ebenfalls eine Abschwächung zeigt.

Ein andauernd ungünstige Entwicklung zeigt der Außenhandel. Die Werte der Einfuhr sind ebenso wie die der Ausfuhr stark gestiegen und übersteigen die entsprechenden Zahlen des Vorjahres ganz erheblich. Gerade die vermehrte Ausfuhrfähigkeit kann für unsere Industrie ein Ventil bilden — vorausgesetzt, daß der Auslandsmarkt nicht ebenfalls eine Abschwächung zeigt.

Ganz auffallend ist es weiter, daß wir von den Rohstoffmärkten überall her gute Kunde vernehmen, während die weiter verarbeitende und Fertigungsindustrie klagt. Die Kohlenförderung ist nach wie vor außerordentlich lebhaft, das sicherste Zeichen, daß die Industrie noch gut beschäftigt ist. In Oberschlesien herrscht eine so starke Nachfrage, daß die Werke ihrer kaum Herr werden können. Besonders stark ist auch die Ausfuhr nach dem Auslande — nach Rußland, Polen und Österreich-Ungarn. Nicht unerwähnt darf allerdings bleiben, daß die Nachfrage auch von dem eben erst beendigten Streik bedingt ist — aber auch im Ruhrgebiet ist der Geschäftsgang in der Montanindustrie ein durchaus guter. Hand in Hand mit der günstigen Entwicklung der Kohlenindustrie geht die der Roheisenproduktion. Zwar hat diese im April einen Rückgang erfahren — sie betrug 1,587 Mill. Ton. gegen 1,628 Mill. im März — aber die arbeitstäglich Förderung ist nicht nur gegen den Vormonat sondern vor allem auch gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres stark gestiegen. Die Lage der Roheisenindustrie ist bis jetzt noch durchaus gut — der Absatz ist befriedigend und die Preise zeigen keine sinkende Tendenz. Allerdings muß bei der günstigen Lage ebenso wie in der Montanindustrie das Bestehen eines eisfreien Kartells erwähnt werden, das sicher nicht ohne Einfluß auf den Bestand der Konjunktur ist. Ein scheinbarer Widerspruch zu dem Gesagten ist es, daß die Ausfuhrziffer im April d. J. bedeutend kleiner ist, als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Doch nur ein scheinbarer, denn der Bedarf des Inlandes ist eben so groß, daß an das Ausland nur wenig abgegeben werden kann. Wichtig für die ober-schlesische Roheisenindustrie, die ja hinsichtlich ihres Standortes in einer viel ungünstigeren Lage ist als die rheinische, ist die Erneuerung des Vertrages der ober-schlesischen Hüttenwerke mit den Siegerländer Erzgruben bis 1917. Neben der sicheren und wohl auch billigen Bezugsquelle genießen die sichereren auch noch Vergünstigungen im Eisenbahntarif, was für die Werke von der allergrößten Bedeutung ist. Aus dem luxemburgischen Minettegebiet lauten die Nachrichten immer noch günstig. Zwar findet man den zusehenderen Ton nicht mehr — die Ausfuhr nach Belgien ist infolge der französischen Konkurrenz stark zurückgegangen, aber nicht etwa erst in der letzten Zeit, sondern schon seit drei bis vier Jahren. Der Absatz in das rheinische Industriegebiet ist aber noch gut, ebenso wie die Preisverhältnisse. Auch das spricht für die günstige Lage der Roheisenindustrie. Von Interesse für die Verteilung der wirtschaftlichen Lage ist die Tatsache, daß Roheisenverband und Stahlwerkverband wieder Ausfuhrvergütungen eingeführt haben. Der Zweck ist, die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Werke im Auslande zu erhalten, ihnen den Verkauf trotz der dort herrschenden gedrückten Preise zu ermöglichen.

Der Verband des Stahlwerkverbandes weiß im April keine ungünstigen Zahlen auf. Allerdings in Halbzeug hat er doch einen nicht unbedeutenden Rückgang erfahren. Der Bericht des Stahlwerkverbandes unterstreicht diese Tatsache, wenn er hervorhebt, daß die Festigkeit des Halbzeugmarktes infolge der Gestaltung des internationalen Eisenmarktes stark eingebüßt habe. Die Ziffern für den Verkauf an Eisenbahnmaterial und Formeisen haben sich gegen den Vormonat und den entsprechenden Monat des Vorjahres wesentlich verbessert. Man hat schon des öfteren gerade in der Metallindustrie Bestrebungen internationaler Ueber-einkommen der beteiligten Kreise wahrnehmen können. Im internationalen Schienenkartell haben sie feste Gestalt angenommen. Nunmehr ist es gelungen, zwischen dem deutschen und italienischen Stahlwerkverband einen Vertrag zu schließen. Er tritt an Stelle des bisherigen ver-

heerenden Konkurrenzkampfes in Italien, der dem deutschen Stahlwerkverband ungeheure Summen kostete, weil er zu verlustbringenden Preisen verkaufen mußte. Der neue Vertrag sieht für den deutschen Verband ein Kontingent in der Einfuhr nach Italien von 40 000 Tonnen vor und ist auf zwei Jahre geschlossen. Die Wirkung des Vertrages war eine unmittelbare — die Preise gingen bis zu einem Drittel in die Höhe. Weniger gut als in den bisher behandelten Industrien ist die Lage der Produkte. Hier trifft in vollem Umfang zu, was die Klage aller Werte ist: stärkere Zurückhaltung der Käufer, Deckung nur für den notwendigsten Bedarf. Der Grund liegt in der Hoffnung eines weiteren Niederganges der Preise; denn das müssen wir zu unserem Bedauern konstatieren, daß im Gegensatz zu Formeisen und Halbzeug der Preisstand für Produkte der Industrie nicht erstarrt ist. Besonders scharf ist der Preisrückgang in Stabeisen, aber auch in Wandeisen, Blechen u. i. w. ist eine Abschwächung eingetreten. Der Walzdrahtverband hat zwar beschlossen, an den bisherigen Preisen festzuhalten, ob das aber angesichts seines mehr als unsicheren Bestandes von großer praktischer Bedeutung ist, lassen wir dahingestellt.

Die Kleinteilindustrie ist in ihren meisten Zweigen gut beschäftigt, aber über die Gestaltung der Preise wird geklagt. Günstig ist die Lage in der Maschinenindustrie. Zwar klagt auch sie über ungunstige Preise — aber sie tut es schon lange und die Gewinn der bedeutendsten Maschinenfabriken sind doch recht ansehnlich. So weit die Dribende unter einem Durchschnittsstand bleibt und geblieben ist sind wohl andere Verhältnisse als die allgemein wirtschaftlichen die Ursache. Von einer Hochkonjunktur kann man wohl im Automobilbau sprechen, während die Lage der Fahrradindustrie keineswegs glänzend ist. Die Beschäftigung ist mehr wie gut, aber die Preise sind gedrückt. Die Konkurrenz ist zu groß. Es gäbe ja nun ein einfaches Mittel, ihrer Herr zu werden: die Kartellierung der Industrie. Aber auch die erst kürzlich stattgehabten Verhandlungen sind wie schon so oft ergebnislos verlaufen. Es ist überhaupt charakteristisch, daß die Kartellierungsbestrebungen fast immer einen negativen Erfolg haben, obgleich die wirtschaftliche Lage an und für sich nicht ungunstig dafür wäre. Wie es scheint, haben auch wieder in der Stabeisenindustrie entsprechende Verhandlungen stattgefunden, aber ebenfalls ohne Erfolg. Im Interesse der Industrie selbst wäre es zu wünschen, wenn eine feste Vereinbarung zustande käme, allerdings nicht eine solche wie die letzte Stabeisenkonvention, um die sich kein Mensch mehr gekümmert hat.

Der Markt im Auslande liegt ganz ähnlich wie bei uns. Rohstoffproduktion gut wenn nicht glänzend, die weiterverarbeitende Industrie aber geht zurück. Das gilt für Frankreich, Belgien und England. Die Vereinigten Staaten leiden auch unter der Unsicherheit der zukünftigen Handelspolitik, die eine hoffentlich für Deutschland recht günstige Entwicklung annimmt.

Kollegen u. Kolleginnen: Auch im Sommer

besucht ein wirklicher Gewerkschaftler die **Verbandsversammlungen**. Nur in den Ortgruppen, wo ein reges gewerkschaftliches Leben herrscht, ist eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich.

Streik und Aussperrung bei der Firma Bosh in Stuttgart.

Im Verhältnis der Firma Bosh zum sozialdemokratischen Metallarbeiterverband haben sich in der letzten Zeit verschiedene Wandlungen vollzogen. Der Betrieb der Firma galt bisher als eine unumschränkte Domäne des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Mehr als 95 Prozent der beschäftigten Arbeiter (gegen 4000) gehörten ihm an. Im Betrieb wurden für Partei und Gewerkschaften Beiträge einliefert, die sozialdemokratische Presse und Literatur vertrieben. In der Agitation wurde von Genossen vielfach behauptet, der Firmeninhaber wüßte, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter sich im sozialdemokratischen Verband organisierten. Nichtsozialdemokratisch organisierte Arbeiter konnten sich unter dem Druck der Genossen gar nicht oder nur sehr schwer halten. Im Hinblick auf diese Lage war dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Agitation im Betrieb sehr leicht. In weiten Kreisen der Arbeiter hatte die Auffassung Platz gefunden, daß man bei Bosh nur Arbeit erhalten und arbeiten könnte, wenn man Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sei. Das Verhältnis des Herrn Bosh und die Art der roten Agitation gaben den Arbeitern des Betriebes zur Vermutung Anlaß, Herr Bosh sei selbst Sozialdemokrat. Die Genossen selbst sangen im ganzen Lande ein Loblied über Bosh und seinen Betrieb, hatten sie doch hier eine achtstündige Arbeitszeit, Ferien, gute Löhne und sonstige Vergünstigungen (1. Mai usw.).

Seit einigen Monaten hat sich nun die Situation geändert. Infolge schlechter Konjunktur schritt die Firma zuerst zu einer Reduzierung der Arbeitszeit von 8 auf 7 und weniger Stunden pro Tag, sodann auch zu Arbeiterentlassungen. Von festeren wurden auch eine Reihe Vertrauensleute des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes betroffen, weshalb es bereits im Februar 1913 zu Differenzen kam. Vom sozialdemokratischen Verband wurde damals die Sperre über den Betrieb verhängt, die wieder aufgehoben wurde, nachdem in Verhandlungen Neuregelung des Arbeiterausschusses und neue Vereinbarungen von der Firma zugesagt wurden. Bei Verhandlungen am Ge-neralrat erklärte Herr Bosh in einem Schreiben, daß er lieber einen „früh-föhlischen Krieg“ wolle, als einen faulen Frieden. Trotz der getroffenen Vereinbarungen herrschte all-seits das Gefühl vor, daß es in Nähe zu einer ernstlichen Bewegung kommen werde. Heute haben wir nun die Tatsache vor uns.

Infolge des stets schlechter werdenden Geschäftsganges wurden am 31. Mai erneut eine größere Zahl von Arbeitern gekündigt oder entlassen. Unter den Sekundiaten befanden sich einige

Vertrauensleute des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und ein Arbeiterausschußmitglied. Der Arbeiterausschuß verlangte die Zurücknahme der Entlassung eines Werktagmachers. Dem wurde aber nicht stattgegeben, sondern dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses auch gekündigt. Darauf legte die Werktagmachers die Arbeit nieder. Montag, den 2. Juni, trat auch die Schloßerei in den Ausstand. Abends um 1/2 6 Uhr wurde darauf von der Firma die Aussperrung aller den gesamten Betrieb ab 3. Juni verweigert. 3750 Arbeiter sind ausgesperrt, darunter eine Anzahl Kollegen unseres Verbandes. Zu der Tagespresse hat nun zwischen der Firma und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eine lebhafteste Diskussion eingeleitet. Bereits am 6. Mai hatte Herr Bosh in einem Schreiben und Anschlag erklärt, daß er mit dem Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, dem Genossen Vorhöfer, nicht mehr verhandeln werde, weil B. den Firmeninhaber in einer Verhandlung beleidigt haben soll.

In der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ (Nr. 126 vom 3. Juni) werden die Ursachen der jetzigen Differenzen folgendermaßen dargestellt:

„Der ehemalige Schlossermeister, jetzige Fabrikant und Großkapitalist Robert Bosh hat in diesen Tagen die Maske endgültig fallen lassen. Herr Bosh, der eine Reihe von Jahren äußerlich ein soziales Mäntelchen zur Schau trug, zeigt sich nun in seiner wahren Gestalt als kaltschmeißender Ausbeuter und — was dazu gehört wie das Salz zur Suppe — als grimmiger Feind der Arbeiter und deren Organisationen. Bosh wollte den Kampf mit der Arbeiterschaft. Darüber besteht heute kein Zweifel mehr und die eigentliche Ursache dieses inwärtigen durch die Schließung des gesamten Betriebes realisierten Verlangens ist der Versuch, das Unternehmen durch Herabsetzung der Löhne, durch vermehrte Einführung der billigeren Frauenarbeit noch rentabler zu machen und somit den in die Taschen des Millionärs Bosh fließenden Goldstrom zu vergrößern. Darüber besteht ebenfalls kein Zweifel. Daß Herr Bosh auch anders kann und mit Pfennigen nicht zu rechnen pflegt, wenn es sich um andere Leute als Arbeiter handelt, hat er oft genug bewiesen.

Auch sonst ist es Herrn Bosh nicht verborgen geblieben, wie man in der heutigen Welt zu Ehr' und Ansehen kommen kann, nicht wahr, Herr Dr. Ing. Bosh? Wir wollen uns aber über dieses Kapitel heute nicht eingehender äußern. Es bleibt uns nur übrig, einen kleinen Irrtum zu berichtigen. Gegenwärtig hört man verschiedentlich die Meinung, Bosh sei so schlimm wie ein beliebiger Scharfmacher. Dieses Urteil ist falsch. Herr Bosh ist weit schlimmer. Die Zeiten gehören der Vergangenheit an, wo die Scharfmacher der Metallindustrie ihres Herrschens Sehnen in so jähns-brutaler Weise stülkten, wie das heute der soziale Herr Bosh zu tun beliebt. Die Arbeiterschaft der Firma Bosh ist zum Kampf gedrängt worden, und sie wird diesen, aller Voraussicht nach zähnen Kampf geschlossen durchführen. In den letzten Wochen ist der Boshischen Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein gekommen, daß sie nur erkämpfte Rechte wirklich besitzt. Freiwillig eingeräumte Vergünstigungen sind so unbeständig, wie die soziale Gerechtigkeit und Launen des Herrn Bosh.“

Herr Bosh, äußert sich im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ (4. Juni) folgendermaßen:

„Bei der Bewegung unter meiner Arbeiterschaft handelt es sich um eine Sache, die von dem Deutschen Metallarbeiterverband eingeleitet ist. Der D. M. V. zieht bei seinen Mitgliedern regelmäßige Beiträge ein, und um dies zu rechtfertigen, muß er zeigen, daß er etwas leistet. Er spannt deshalb den Bogen an, soweit ihm dies jeweils möglich ist. Einer Ueberlegung, ob eine Forderung recht und billig ist, wird nicht stattgegeben, sondern der D. M. V. glaubt, auch eine unbillige Forderung durchdrücken zu können. Dies schien ihm in meinem Werk der Fall zu sein. Folgendes wird das Karlegen:

Nach Aufstellung durch die Berufsgenossenschaft für Feinmechanik hat im Jahre 1912 ein Arbeiter bei mir im Durchschnitt verdient 2044.41 M., während bei den übrigen Betrieben der Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotechnik Section IX, zu der ich gehöre, unter Nichtrechnung meiner Firma im Durchschnitt 1259.07 M. verdient wurden; d. h. in meinem Betrieb verdienten die Leute 62,37 Prozent mehr als bei anderen Firmen meiner Berufsgenossenschaft. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug 1910: 8,13 Stunden, 1911: 8,56, 1912: 8,49. An freiwilligen Beiträgen zur Kranken- und Jubiläumersicherung wurden bezahlt 1910: 169.305 M., 1911: 210.348 M., 1912: 308.363 M. (die Steigerung ist durch die Gründung einer Ferienkasse vom 1. Juli 1912 bedingt, für die 18.195 M. einbezahlt wurden, der diesjährige Zuschuß zur Ferienkasse wird 60.000 M. betragen, d. h. pro Arbeiter 15 M.). Nach einer Mitteilung der Verwaltung der Stuttgarter Ortsrentenkasse kamen mit Gewerkschaftsbeiträgen verbundene Krankheitsfälle bei der Firma Bosh im Jahre 1912 auf 100 Rassenmitglieder 37,7 Fälle, bei der gesamten Berufsgruppe ohne Bosh im Jahre 1911 auf 100 Rassenmitglieder 58,8 Fälle.

Alle diese Umstände haben den D. M. V. nicht abhalten können, unter meiner Arbeiterschaft zu hegen und Ende Oktober vorigen Jahres wurde mir u. a. eine Forderung auf zehnprozentige Lohnerrhöhung zugeandt. Diese Forderung lehnte ich damals gütig ab. Die Folge war die Einleitung einer Kontrolle der Wochenverdienste der einzelnen Arbeiter, denn der Verband sagte, solange so viel verdient wird, erhalten wir keine Aufbesserung. Ich habe mich mit allen Mitteln gegen die Maßnahmen des D. M. V. gewehrt und es gab immer wieder Anlässe und Reibereien. Der Verband aber schlichte und hegte weiter, um eben zu zeigen, daß er das Geld wert ist, das er kostet. Man klagte über Affordbeschränkungen, und in der Tat, es sind manche Afforde, und sogar ganz bedeutend, herabgesetzt worden. Der Erfolg war aber nicht ein Fallen der Verdienste, sondern ein Steigen, im selben Maße, wie dies seit Jahren der Fall ist. Ein Beweis dafür, daß die Affordbeschränkungen gerechtfertigt sind.

Man klagte sich über die Behandlung durch die Meister und Beamten. In früheren Jahren kam der Verband auch mit solchen Klagen unter Remung von Namen und Tatsachen. Er bekam auch Recht, wo er solches hatte. Seit mehreren Jahren ist aber eine solche begründete Klage nicht mehr vorgebracht worden, und ich schließe daraus, daß das Ganze Made zu dem bekannten Zweck ist.

Die im Februar ds. Js. über meinen Betrieb verhängte Sperre verlief ergebnislos, bezw. der Verband blühte bei derselben an Rechten ein, denn, nachdem ich einmal die Ueberzeugung hatte, daß der Verband Recht und Billigkeit mit Väken tritt, zog ich mich von demselben möglichst weit zurück.

Im Verlaufe von Verhandlungen bediente sich einer der Verbandsbeamten eines Tones, der bei solchen Gelegenheiten nicht üblich ist. Ich weigerte mich, mit dem Herrn weiter zu verhandeln, und nun kam auch noch der persönliche Etwas

diese Herrn in Frage. Bei der Mehrzahl der Arbeiter ist Streikflucht nicht vorhanden. Eine Abstimmung über den Streik, wie sie sonst üblich ist, hätte nicht das von den Verhandlungsleitern gewünschte Ergebnis gehabt. Wenn man würde sich zu besinnen!

Am 30. Mai, etwa um 11 Uhr vormittags, kam der Vorsitzende des Fabrikarsschusses und erklärte: Wenn ich nicht innerhalb einer Viertelstunde die Mitteilung habe, daß die Entlassung von dem und dem Werkzeugmacher zurückgezogen ist, legt die Werkzeugmacherei die Arbeit nieder. Als man ihm erklärte, daß nicht nur der von der Entlassung Betroffene entlassen bleibe, sondern daß auch er, der Vorsitzende, seines Vorgehens halber entlassen sei, legte dann auch die ganze Werkzeugmacherei die Arbeit nieder.

Es fragte sich nun, kann man ohne Werkzeugmacher den Betrieb aufrecht erhalten. Diese Frage löste sich einfach: Am Montag nachmittag sollte in der Schleiferei, welche im allgemeinen keine Werkzeuge schleift, sondern Ware für den Verkauf ein Stück gewordenen Werkzeugen geschliffen werden. Einer der Arbeiter erklärte, er als Vertrauensmann würde das nicht, und als ihm gesagt wurde, er sei entlassen, legte die Schleiferei, 35 Mann, die Arbeit nieder. Damit war es klar, daß der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden konnte und ich habe meinen Betrieb gestern Abend bis auf weiteres geschlossen.

In meinem Betriebe ist seit über einem halben Jahre mit verkürzter Zeit gearbeitet worden. Die Lager sind, namentlich im Hinblick auf die schlechten Aussichten, zum Ueberflutungs versorgt und wäre es mir nicht leid um die gutgeleitete Arbeiterschaft, so könnte ich mit dem Gang der Dinge zufrieden sein.

Ich darf annehmen, daß zwei Drittel der Arbeiterschaft mit dem Vorgehen des D. M.-B. nicht einverstanden ist. Es ist aber niemand da, der diese Mehrheit zusammenfaßt, sonst könnte ich daran denken, mit diesen Leuten den Betrieb aufzunehmen. Der Terrorismus, der mit dem Verband durch die und durch Gehenden würde es aber zu verhindern wissen, daß sich diese Mehrheit zusammenschließt, und so muß ich eben abwarten, ob mir ein Angebot gemacht wird, das mir die Ueberzeugung verschafft, daß ich einen ruhigen und glatten Betrieb wieder aufnehmen kann. Eine gewisse Garantie dafür kann an eine Wiederaufnahme der Arbeit nicht gedacht werden.

Wir haben keine Ursache, uns in diese Diskussion hineinzumischen, obwohl die Sozialdemokratie im Mendener Kampfe den streikenden und ausgeperrten Arbeitern gegenüber eine geradezu schändliche Rolle gespielt und alles getan hat, die Arbeiter um den Erfolg des Kampfes zu pressen. Bemerkenswert ist aber, daß gerade dieser Kampf wie kein zweiter die Unklarheit des modernen Arbeitsverhältnisses zeigt. Wünschenswert wäre es, wenn sich bald ein Weg zur Verständigung bieten würde und eine solche erfolgte.

Fünzig Jahre Sozialdemokratie.

Mit viel prunkenden Worten hat die Sozialdemokratie, die angeblich eine Arbeiterpartei sein will, die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages gefeiert, an welchem Ferdinand Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gründete. Diese am 23. Mai 1863 ins Leben getretene Organisation bildete den Grundstock der deutschen Sozialdemokratie, und kann somit von einem 50jährigen Bestehen der roten Partei geredet werden. Die sozialdemokratische Presse hat den Tag auch nicht ohne die an ihr gewohnte Selbstbeweihräucherung vorbeigehen lassen. Und der alte August Bebel ist anlässlich des „Partei Jubiläums“ wieder einmal unter die Propheten gegangen. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 116) brachte eine Anzahl „Jubiläumstraktate“ von allen möglichen roten Parteigrößen, an deren Spitze Bebel paradiert. Unter anderem schreibt er, heute nach fünfzig Jahren sei aus dem kleinen Pflänzchen des Arbeitervereins ein gewaltiger Baum geworden, der jedem Sturm trotz. Die zahlreichen Fährlichkeiten habe er glücklich überwunden und seine Zweige überhöhten bereits ein Drittel des deutschen Volkes. Dann prophezeit der alte, so oft verunglückte Wahrsager:

„Und der Tag wird kommen, an dem die große Mehrheit der Nation unter seinem erquickenden Schatten, der Sorgen und der aufreibenden Arbeit ledig, des Lebens Frieden genießt, die sie sich selber schafft.“

Anstatt dieser Agitationsphrase, wäre es würdiger gewesen anzuzählen, was die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie verdankt, und wie weit letztere ihr mit so großem Wortschwall verdündetes Ziel erreicht habe.

In dankenswerter Weise beschäftigt sich der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Galber in der „Konjunktur“ vom 29. Mai 1913 mit dieser Seite des „Jubiläums“. Galber schreibt:

„Nur die offene Beantwortung der Fragen, Was haben wir die Sozialdemokratie, (Red.) gewollt und was haben wir erreicht?“ kann die notwendige Klarheit darüber schaffen, ob die Sozialdemokratie sich wirklich in der Richtung entwickelt hat, die ihr von den Gründern vorgezeichnet wurde.

Nachdem er auseinandergelegt, daß Lassalle durch die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins den Anfang machte, die „Forderungen des kommunistischen Manifestes“ auf das Gebiet der aktuellen Politik zu übertragen, setzt er die Forderungen des Manifestes im einzelnen auseinander. Dann untersucht er, was die Sozialdemokratie von diesen Forderungen erreicht und zur Durchführung derselben getan habe. Er kommt zu dem Resultat, daß die Sozialdemokratie Hand in Hand arbeite mit der Bourgeoisie, „dem Träger des kapitalistischen Systems“, statt ihn zu bekämpfen. Dann heißt es wörtlich:

„Diese Art der Parteipolitik liegt sicher nicht im Sinne der Verfasser des kommunistischen Manifestes und des Gründers der politischen Organisation der Sozialdemokratie. Die Aufgabe, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren, ist nahezu ganz vernachlässigt worden. Man hat sich noch nicht einmal die Mühe gegeben, die Organisation und Existenzbedingungen des Kapitalismus von Grund aus zu studieren und seine wirtschaftliche und politische Ueberwindung vorzubereiten. All diesen Mühen hat man sich einfach dadurch entzogen, daß man die These aufstellte, der Kapitalismus müsse sich selbst überlassen bleiben und an seinen eigenen Fehlern und Krankheiten zu Grunde gehen. Die Folge dieser eigenartigen Politik war, daß dem Großkapital jahrzehntelang eine völlig ungehörte Entwicklung gegönnt wurde, die ihm sein rasches und beispielloses Erstarken ermöglichte, und es zu einem ganz gewaltigen Machtfaktor im privatwirtschaftlichen wie im staatswirtschaftlichen Leben werden ließ. Mehr aus Bequemlichkeit, denn aus innerer Erkenntnis wählte die

Sozialdemokratie gegenüber der Entwicklung der Kartelle, Syndikate, Großbanken, Effekten- und Warenmärkte usw. dem Prinzip des „laissez faire, laissez aller“. Man trieb Sozialpolitik, d. h. man doktrinierte herum an den gelegentlichen Krankheitssymptomen des kapitalistischen Wirtschaftssystems; anstatt durch eine zielbewußte, von der nötigen volkswirtschaftlichen Erkenntnis getragene, Wirtschaftspolitik die Grundlagen für die wirtschaftliche und damit auch die soziale Hebung der breiten Volksschichten zu schaffen.“

Dieses Urteil eines ehemaligen sozialdemokratischen Parlamentariers, der die Dinge kühl betrachtet, bedeutet eine komplette Panzerkollierung für die deutsche Sozialdemokratie.

Mit Rücksicht darauf, daß Bebel in der „Z. B.“ schrieb, daß der Tag nicht fern sei, an dem die große Mehrheit der deutschen Nation zur Sozialdemokratie gehören werde, ist es auch nicht uninteressant eine Stimme aus Blauen daneben zu stellen. Im Organ des sozialdemokratischen Allgemeinen Metallarbeiterverbandes (Wissenschaftliche Richtung) wird eine Artikelserie veröffentlicht, betitelt: „Zur Ausschließungspolitik in der Sozialdemokratie“. Darin wird geschildert, wie langjährige Parteigenossen ausgeschlossen wurden, weil sie sich erlaubten, eine eigene Meinung zu haben. Dabei würden diese Genossen abgeurteilt von Leuten, die Kläger und Richter in einer Person seien. Also Klassenjustiz schlimmster Art. In Nr. 22 des Blattes heißt es am Schluß des genannten Artikels:

„In einer Partei, wo derartig mit den Mitgliedern umgesprungen wird, muß die Liebe zur Partei zum Teufel gehen. Außerdem muß man sich schämen, einer Partei anzugehören, in der für anständige Menschen kein Platz mehr vorhanden ist. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Männer, die länger als ein halbes Menschenalter der Sozialdemokratie angehört haben. Wenn diese sich jetzt mit Abscheu von dieser Partei abwenden, so dürfte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die werktätige Bevölkerung sich in Massen von ihr abwenden wird. Eine Partei, die jahrzehntelang die Arbeiter am Marrenseil herumgeführt hat, hat das Recht verlornt Vertreterin des arbeitenden Volkes zu sein.“

Jedes Wort, was man diesen Ausführungen Wissender anjagte, würde die Wirkung abschwächen.

Aus dem Gesagten geht die innere Hohlheit und Phrasenhaftigkeit der Sozialdemokratie mit erschreckender Deutlichkeit hervor. Es muß aber auch gesagt werden, daß die Sozialdemokratie mit ihrer, dem agitatorischen Bedürfnis entsprungenen abulstischen Zerfahrenheit, den Scharmachern und allen Gegnern der Sozialpolitik Material lieferte und dadurch die Arbeiterschaft ungenauer geschädigt hat. Pflicht unserer Kollegen ist es, dieses den irreführten roten Arbeitskollegen klar zu machen und sie zurückzuführen auf den Boden der Wirklichkeit.

Allgemeine Rundschau.

Genosse Hoffmeister-Hierlohn zum zweitenmale verurteilt.

Das Treiben des ersten Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hierlohn während des Kampfes in der Mendener Metallindustrie ist von unserem Bezirksleiter Hirtfelder gebührend gekennzeichnet worden. Deswegen hatte Hoffmeister unseren Kollegen Hirtfelder verklagt. Die Klage nahm einen von Hoffmeister nicht erwarteten Ausgang. Kollege Hirtfelder wurde freigesprochen und Hoffmeister — gegen Hirtfelder Widerklage erhoben hatte, — wurde zu 60 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Am Gericht in Mendener ging dem Hoffmeister, wie unsern Kollegen bekannt ist, gerade so. In der nächsten Nr. kommen wir eingehend auf die Sache zurück.

Der Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter

hat nach dem Jahresbericht in seinem Verbandsorgan („Keram- und Steinarbeiterzeitung“, Nr. 20, 1913) im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl von 6039 auf 8219 gesteigert, also eine Zunahme von 2200 oder 37 Prozent. Entsprechend der Mitgliederentwicklung zeigt auch die Finanzgebarung des Verbandes von einem wesentlichen Fortschritt. Die Gesamteinnahmen stiegen von 106 000 Mark auf 135 000 Mark. Darunter sind 130 000 Mark regelmäßige Mitgliedsbeiträge. Unter den Ausgaben befinden sich 26 000 Mark für Maßregelungen und Streiks; für Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung 13 000 Mark; für Sterbegeld 2000 Mark; für Rechtshilfen 1200 Mark Ausgaben. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Jahreschluß 70 000 Mark und ist gegenwärtig auf annähernd 100 000 Mark gestiegen.

Der Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter hat im vergangenen Jahre 56 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 299 Betriebe und 3083 Mitglieder erstreckten. In 18 Fällen kam es zu Streiks, an denen 511 Mitglieder beteiligt waren. Die anderen Bewegungen konnten auf friedlichem Wege und mit Erfolg für die Arbeiter beigelegt werden. Der Verband war am Schluß des Berichtsjahres an 43 Tarifverträgen beteiligt, die für 502 Betriebe und 4414 Mitglieder Geltung hatten. Durch die Bewegungen und Tarifabschlüsse wurden für die beteiligten Mitglieder Lohnaufbesserungen im Gesamtbetrage von einer halben Million Mark erzielt. Darin sind diejenigen Summen nicht enthalten, die den Arbeitern dadurch gerechert wurden, daß Lohnabzüge abgewehrt werden konnten. Neben den Lohnhöhungen wurde auch noch eine Anzahl sonstiger Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, wie bessere Bezahlung der Ueberarbeit, Gewährung von Urlaub, bessere Durchführung der Arbeiterkassenwesen und der familiären Einrichtungen, die Errichtung von Arbeiterauschüssen usw. durch die Wirksamkeit der Organisation erzielt.

Der erste nationale Krankenkassentongress.

Der Ende 1912 unter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien, der christlichen und nicht-christlichen Gewerkschaften, der evangelischen und katholischen Arbeitervereine und des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gegründete Gesamtverband deutscher Krankenkassen, E. V., sich in Eisen, hält in den Tagen vom 22. bis 24. Juni ds. Js. im städtischen Saalbau zu Eisen (Ruhr) seine erste ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig. Es werden u. a. folgende Fragen behandelt: 1. Das Verhältnis der Krankenkassen a) zu den Ärzten und Apothekern, Referent Hauptstadthaus in Mainz; b) zu den Krankenkassenstellen, Referent Reichstagsabgeordneter Wacker-Lausberg zu Ereglis; 2. Das Streikverbot in der Krankenkassenversicherung nach der R.-V.-D., Referent Stadtrat H. von Frankenberg in Braunschweig.

Frankenkassen, die bis zum 15. Juni ds. Js. die Mitgliedschaft des Verbandes erworben haben, können durch legitimierte Vertreter an den Verhandlungen sich beteiligen.

Der Verband (Geschäftsstelle Köln (Rhein) Bentzenwall 9) steht auf nationalem Boden und ist im Gegensatz zu dem unter Leitung der Sozialdemokraten stehenden Dresdener Ortskrankenkassenverband gegründet. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die nicht von Sozialdemokraten beherrschten Krankenkassen aller Art baldmöglichst ihren Anschluß an den genannten Verband vollziehen wollten. Die von dem Verband herausgegebene Fachzeitschrift, „Die Krankenversicherung“, die vierteljährlich 1,25 Mark ohne Bestellgeld kostet, erfreut sich ihres gegenebenen Inhalts wegen wachsenden Ansehens. Die bedeutendsten Autoren zählt sie zu ihren Mitarbeitern. Ihr Redakteur ist der Reichstagsabgeordnete Wacker. Beitrittserklärungen nimmt die angegebene Kölner Geschäftsstelle des Verbandes jederzeit entgegen.

„Note Musik“.

Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist, wie uns mitgeteilt wird, Tatsache, daß die Sozialdemokraten in ihrer Hochburg wie Bielefeld und Umgebung den Terrorismus so weit treiben, daß sie auf keiner Festlichkeit, einen christlich-organisierten — Musiker dulden! Unter allen Umständen muß das Bummtrara von wackelnden Genossen gemacht werden, sonst wird das empfindliche rote Ohr beleidigt. Kommt ein sozialdemokratischer Kapellmeister mal an einem Tage, wo er viele Musiker stellen muß, in Verlegenheit und gestellt seinen „Zukunftsmusikanten“ zur Ausfüllung entstandener Stellen einen christlich-organisierten Musiker zu, dann wehe dem Kapellmeister, wenn der Christliche von den Roten entdeckt wird! Wenn der Kapellmeister den „Christen“ nicht sofort davortreibt, wird ihm beim nächstenmal die Festmusik nicht übertragen, er wird konfottiert! Sollte dieser Ruf nicht bald aufhören, so wäre es tatsächlich ein Gebot der Notwehr, nunmehr auch im Kreise Bielefeld, speziell in Delle, Rheba, Bedum und Umgebung, seitens der christlichen Arbeiterschaft die im Bielefeldischen konfottierten und insulgebessenen meist unbeschäftigten „christlichen Musiker“ mehr heranzuziehen und dafür die roten Bielefelder Musikanten zu Hause zu lassen.

Wieder ein sozialdemokratisches Gewerkschaftshaus unter dem Hammer.

Den Zusammenbrüchen der roten Volkshäuser in Essen, Sagen, Kassel, Köln usw. usw. ist ein weiterer gefolgt. Das Volkshaus der Eisenerfelder Sozialdemokraten ist nicht mehr. Am 23. Mai teilte die „Freie Presse“ mit, daß das Volkshaus am Tage vorher aufgehört habe zu existieren. Der Geschäftsgang sei ein so miserabler gewesen, daß die Zuschüsse der Organisationen hätten verdoppelt werden müssen, wenn das Unternehmen gehalten werden sollte. Das hätten Partei und Gewerkschaft aber abgelehnt. Nach dem Vermögensausweis stehen 290 729 Mark Vermögenswerte 301 792 Mark Verbindlichkeiten gegenüber. Sonderbar, daß die Herrschaften, die im Zukunftsstaate die ganze Welt regieren wollten, sich heute unfähig erweisen, ihre Unternehmen rentabel zu gestalten. Es zeugt nicht gerade von geschäftlichem Weitblick und großen Verwaltungstalenten, daß die Sozialdemokraten nicht einmal in ihren Hochburgen die mit großem Tantaum ins Leben gerufenen Volkshausunternehmungen über Wasser zu halten vermögen. Andererseits ist es aber auch bescheiden für die Sozialdemokratie, daß sie, die dem Kapitalismus angeblich Tobfeindschaft geschworen hat, mit den schäblichsten Mitteln „Plattegeschäfte“ machte wie in Köln, wodurch zahllose kleine Existenzen schwer geschädigt werden.

Sozialdemokratische Gewerkschaften, die von den Unternehmern abhängig sind.

Beim verflorenen Generalkongress in Belgien ist es in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß zwischen der Sozialdemokratie und den Großkapitalismus sehr innige Verbindungen bestehen. Die sozialdemokratische Aktion wurde von Großindustriellen nachdrücklich unterstützt; teils durch öffentliches Eintreten für den Streikungsstreik, teils durch direkte Geldzuwendungen; wieder andere Unternehmer kommandierten ihre Arbeiter einfach zur Arbeitsruhe, um die Zahl der Streikenden möglichst hoch zu treiben. So etwas tun kapitalistische Unternehmer natürlich nicht ohne Gegenleistung. Die Juche haben leider die bedürftigen und verletzten Arbeiter zu bezahlen, die diesen Unternehmern von gewissenlosen Führern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Ueber die Folgen dieser sozialistisch-kapitalistischen Kollisions sei aufrecht sich die belgische christliche Textilarbeiterorganisation schon in ihrem Jahresbericht für 1911 in folgender deutlichen Weise:

„Es ging so weit, daß die Sozialistenführer Mitglieder ihrer Berufsverbände verpflichteten, alle Differenzen und Mißstände, die bei liberalen Fabrikanten zu verzeichnen waren, geduldig zu ertragen. Es ist sogar vorgekommen, daß sie bei Streiks, die bei Arbeitgebern derselben Farbe entstanden waren, ihre Mitglieder zwangen, den Kampf bedingungslos abzubrechen.“

Wer will sich da noch wundern, daß nicht wenige Unternehmer ihre Arbeiter zum Anschluß an die sozialdemokratischen Verbände animieren! Mit solchen Organisationen können die Industriellen gelbe Werkvereine erparieren und dennoch ihrer Arbeiterschaft suggerieren lassen, sie hätten eine energische Vertretung ihrer Interessen. So lassen sich weite Kreise der belgischen Arbeiter als Werkzeuge politischer Streber und Demagogon benutzen und ihre vitalen Interessen dabei mit Füßen treten. Die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter wird bei solcher Mißbrauch unterhöhlt, sie wird zu einem Zerbrochen und verliert jegliches Ansehen. Daher auch die Bedeutungslosigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften Belgiens, deren Dummheit und Desorganisation durch den letzten Massenstreik nur noch verstärkt wurde. Sie sind abhängig vom kapitalistischen Unternehmertum und haben damit ihre Rolle als selbständige, ehrliche Arbeiterinteressenvertretung ausgespielt.

Aus Wirtschaft und Technik.

Konjunkturaussichten in der Großindustrie.

Gegensätzlich bringen die Börzenblätter sehr voneinander abweichende Stimmungsbilder über die Wirtschaftslage. Da ist es denn von Bedeutung, zu wissen, wie die Leiter der deutschen Montankonzerne die Konjunktur bewerten. In der Generalversammlung des Eisenerwerkes Kraft (Niederherrsche Hütte) verlas der Generaldirektor Grau ein längeres Rundschreiben, in dem es nach der R.-V.-D. u. a. heißt „Der Abbruch in Kohlen sei bei besseren Preisen als im Vorjahre sehr gut und

nach Ansicht des Redners werde er auch befriedigend bleiben. Ebenso sei der Absatz in Zement, Teer und Benzol bei guten Preisen befriedigend. Die ganze Erzeugung werde gut abgesetzt. In Halbzeug und Blechen habe das Werk für seine Erzeugung guten Absatz. Es sei aber nicht zu verkennen, daß der Markt für Fertigwaren und Bleche große Zurückhaltung zeigt und daß die Abnehmer mit neuen Abschläffen zögern. Der Grund liege zum Teil darin, daß die Verbraucher bei der Knappheit in Material sich für das erste Vierteljahr 1913, teils sogar bis Juli oder Ende August eingedeckt hatten. Da nun bekanntlich im Juni und Juli neue Walzenstrafen und Blechstrafen in Betrieb kommen, bestellen die Verbraucher bestw. der Handel vorläufig nur das unbedingt Notwendige und leisten folglich von der Hand in den Mund. Der Baumarkt sei durch das teure Geld und die neuen gesellschaftlichen Belastungen vollständig gestört und liege vollständig darnieder. Auch auf dem Formeisenmarkt sei offenbar ein Rückgang eingetreten. Einen gewissen Erfolg biete dagegen der starke Absatz von den Eisenbahnerverwaltungen an Eisenbahnmateriale. Es sei anzunehmen, daß bei beruhigenderen Verhältnissen in der Politik und auf dem Weltmarkt ein normales Geschäft eintreten werde. Der Absatz an Kohle, Eisen und Stahl könne ruhig um 15 bis 20 Prozent geringer werden. Die bisherigen Anforderungen seien auch ungesund gewesen, denn die Werke und Betriebe hätten mit sehr angelegtem Betrieb arbeiten müssen. Es habe sich einerseits dadurch der Mangel an Arbeitskräften verschärft. Andererseits habe die Instandhaltung der verschiedenen Betriebsanrichtungen nicht in normaler Weise beschaffen werden können. Im übrigen habe sich der Weltmarkt mit Ausnahme von Belgien als steigender Abnehmer für deutsche Erzeugnisse erwiesen. Das Eisenwerk Kraft könne auf Grund der bisherigen Betriebssergebnisse und des vorliegenden Auftragsbestandes schon heute für das laufende Jahr ein wiederum günstiges Ergebnis in Aussicht stellen. Redner sei der Meinung, daß die Verschärfung, die im Publikum herrscht, heute nicht notwendig sei, denn die Werke seien bisher überanstrengt gewesen. Wenn sich Presse und Fabrikanten der Mühe befleißigen, könne das auch nicht ohne guten Eindruck auf das Publikum bleiben, und dieses werde dann besser fahren, als wenn alles schreit: „Die Welt geht unter!“

Von den Kartellen und Syndikaten

Am 5. Juni ist der Walzdrahtverband durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder um ein Jahr bis zum 30. Juni 1914 verlängert worden. Dieses war nach der grundsätzlichen Verhandlung mit dem Eisenwerk Kraft voranzusehen.

Die Bildung eines Rohreihensyndikates dagegen ist gescheitert. Das ist sehr bedauerlich. Die Rohreihensyndikatskonvention gilt daher als aufgelöst. Der Grund soll, nach dem „Berliner Tageblatt“, der sein, daß die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft den von der Mannesmann-Gesellschaft verlangten Produktionsabsatz nicht gewährleisten wollte.

Zehn Gebote für Heizer und Maschinisten.

Der Bayerische Dampfkessel-Revisionsverein veröffentlicht die von einem Kesselheizer verfaßten zehn Gebote für Heizer und Maschinisten. Weil sie besser wie die ellenlangen Verordnungen sagen, was zu tun ist, seien sie hier zu Nutz und Frommen unserer Heizer- und Maschinistenkollegen wiedergegeben:

1. Wer nichts im Kesselhaus verlor, Der laß den Heizer ungehoren.
2. Ein Führer trinke nie zuviel; Maschinistenföhren ist kein Spiel; Betrunk'ner Führer ist ein Schult, Sprengt sich und andere in die Luft.
3. Des Führers Stolz sei allezeit Fleiß und Gewissenhaftigkeit.
4. Dein erster Blick sei zugewandt Dem Dampfdruck und dem Wasserstand.
5. Probiere stets, ob alles geht Und jedes Hähnchen leicht sich dreht.
6. Den kleinsten Teil halt gut im Stand, So schaffst du stets mit leichter Hand.
7. Niemals vergesse Fett und Del, Sonst wird dein Föhren dir zur Höl!
8. Wo ein Maschinistenführer schwozt, Ein Fehler in der Hand ihm sitzt; Weißt er sein Feuer recht zu schüren, Braucht er sich halb so reich zu röhren.
9. Halt dünn bedeckt den ganzen Kessel, Weil er dich sonst viel Kohlen kost!
10. Maschinistenhaus soll hell und rein, Und blank soll die Maschine sein!

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrags im Streik.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhénania stehen die Arbeiter im Streik.

Beverungen a. d. W. Die dem christlichen Metallarbeiterverband und dem christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Kofe stehen wegen Lohnfragen im Streik.

Düsseldorf. Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Wimbisheid & Wendel stehen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Juni, der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Juni 1913 fällig.

Wir verweisen an dieser Stelle die Ortsgruppenvorsitzenden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf die seitens des Kollegen Meyer-Essen ergangenen Einladungen zur 1. westdeutschen Konferenz der engl. Kollegen der christlichen Gewerkschaften.

Diese Konferenz findet am 22. Juni, nachmittags 2 Uhr im Kriegerheim zu Essen, Bahnhofstr. 45 statt. Die Ortsgruppen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes werden gebeten, mindestens einen evangelischen Kollegen zu entsenden. Die Kosten sollen von den Lokalkassen getragen werden.

Aus dem Verbandsgebiet

Hamm. Unsere Ortsverwaltung hielt am 29. und 30. Mai ihre diesjährige erste Quartalsversammlung ab, an der auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieder teilnahm. Sie war gut besucht und ist in allen Teilen gut verlaufen. Der Kassenbericht, den Kollege Erdmann erstattete, zeigte eine gesunde Weiterentwicklung unseres Verbandes an Orte. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 9708,10 Mark, die Ausgaben 3784,65 Mark, an die Zentrale wurden 5923,45 Mark abgesandt. Auch der Markendurchschnitt hat sich im Vergleichsquarteral gesteigert, er ist allerdings noch nicht ganz zufriedenstellend. Die Mitglieder müssen ihre Eche darin erblicken, möglichst ihren Beitrag eine Woche im Voraus zu zahlen, damit für sie pro Quartal 13 Wochen abgerechnet werden können. Dadurch würde die Kraft der Geschäftsleitung bedeutend mehr für die Werbearbeit frei. Nach dem Kassenbericht gab Kollege Fröcher ein Bild der Tätigkeit der Verwaltungsleitung. Wenn auch das Vergleichsquarteral ein ziemlich ruhiges gewesen sei, so sei doch ein Fortschritt zu verzeichnen. Allerdings hätte bei einer größeren Zahl von Mitarbeitern auch bezüglich der Mitgliederzahl mehr erreicht werden können. Hauptaufgabe aller Vertrauensleute sowohl wie auch jedes einzelnen Kollegen sei es, auch an der Eindämmung der Inflation mitzuwirken, die wohl zurückgegangen sei, aber noch mehr reduziert werden müsse. Dann aber müßten auch die Kollegen und zwar alle ohne Ausnahme mehr Interesse an den Tag legen für die Hausagitation, die bei entsprechender Beteiligung der Kollegen schon recht schöne Resultate gezeitigt habe.

Unser Zentralvorsitzender Kollege Wieder zeichnete in seinem Vortrag ein Bild der augenblicklichen Lage. Wenn auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Metallindustrie gute gewesen seien, und wir ein Hochkonjunkturjahr hinter uns hatten, so habe das auf die Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich ihrer Entwicklung kaum einen günstigen Einfluß ausgeübt. Dieses zeige, daß die Metallarbeiter aus der Vergangenheit nicht gelernt hätten, und daß sie ebenso weiter in den Tag lebten als bisher. Erst dann erwürten sich die bedauernswerten Menschen der gewerkschaftlichen Organisation, wenn die Not an ihre Türe klopfte. Sie aufzuklären und dem Verstand zuzuföhren sei eine unserer vornehmsten Aufgaben. Er schilberte dann all die Schwierigkeiten und Hindernisse, welche der Arbeiterschaft von den verschiedensten Seiten bereitet würden. Ein ganz gefährlicher Feind der christlichen Arbeiterschaft sei die sozialdemokratische Partei. Beim Kampf in der Metallindustrie sei das arbeitgeberfeindliche Verhalten der Sozialdemokratie vor aller Deutlichkeit festzuzeigen. Mit großer Gefäßigkeit habe die Sozialdemokratie die kämpfenden christlichen Arbeiter durch aus Deutschland hindurch verfolgt, und dem Unternehmertum Handlangerdienste geleistet, zum Schaden der Arbeiter.

Auch in allgemeiner sozialer Beziehung würde die Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie nur geschädigt, letztlich lieterie sie den Echarmachern die nötige Wasser. Wenn bis heute die Echarmachern nach Beschränkung des Konstitutionsrechtes etc. keinen Erfolg gehabt hätten, so habe die Arbeiterschaft dieses lediglich dem Einfluß der christlichen Arbeiterbewegung zu verdanken. Redner bewies dieses im einzelnen an der Hand einer Reihe von Beispielen.

Kollege Wieder betonte zum Schluß seiner interessanten und fesselnden Rede, daß es Pflicht der Kollegenchaft sei, mit aller Kraft für ihre Bewegung zu wirken und unermüdetlich für den Fortschritt derselben tätig zu sein. Auch die Kollegen von Hamm hätten alle Veranlassung, mit vermehrter Energie die Werbearbeit zu betreiben. Die Hammer Kollegen müßten ihren Stolz darin setzen, in diesem Jahre eine Mitgliederzahl von 2000 zu erreichen. Mit einem zündenden Appell, bei dieser Arbeit gemeinsam Hand in Hand zu arbeiten, schloß Kollege Wieder seine durchschlagenden Ausführungen.

Namens der Kollegenchaft sprach Kollege Fröcher dem Referenten herzlichen Dank aus und versicherte, daß im Sinne dieser Ausführungen gearbeitet werden sollte auf der ganzen Linie. Mit einem begeisterten Hoch auf unsern Verband fanden die anregend verlaufenen Versammlungen ihren Abschluß.

Nun gilt's, die erhaltenen Anregungen auch zu verwirklichen. In anbauender, systematischer Weise wollen wir aufs neue mit Begeisterung wirken und wirken, damit das gesteckte Ziel erreicht und wir in der Lage sind, am Jahreschluß 2000 Mitglieder muster zu können. Darum auf Kollegen! Ans Werk!

Düsseldorf. Anfangs Januar d. Jz. inszenierte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einseitig bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik eine Bewegung. Durch das einseitige Vorgehen untergraben die Genossenschaftler von vornherein die für eine solche Bewegung unbedingt notwendige Einigkeit der Arbeiter. Die Forderungen der sozialdemokratischen Organisation betrafen in der Hauptsache eine Arbeitszeitverlängerung und 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden. Das Verbot lehnte Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Organisierten ab, worauf der rote Verband die Sperre verhängte, von der sich die Genossen einen großen Erfolg versprochen. So hieß es z. B. in der Metallarbeiterzeitung (Nr. 13/1913):

„Die Sperre... hat eine große Wirkung ausgeübt, es stehen weit über 100 Drehbänke leer. Die Firma martert den Starcken und geht noch mit Entlassungen vor, womit sie sich ins eigene Fleisch schneidet, denn die Arbeiter wissen ganz genau, wie der Haie läuft.“

Diese so „scharf wirkende Sperre“ ist jetzt vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aufgehoben worden, ohne den mindesten Erfolg erreicht zu haben. Die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ (Nr. 123/1913) versucht nun die Schlappe des roten Verbandes zu verschleiern und nach bekannter Genossenschaftsmethoden einen Erfolg vorzuspiegeln. Ehe wir das rote Verschleiernsmondbier zerschöpfen, muß zum besseren Verständnis etwas vorausgeschickt werden.

Nachdem der sozialdemokratische Verband die Bewegung einseitig unter Ausschaltung unseres Verbandes eingeleitet hatte, gingen wir allein vor. Unsere Kollegen unterbreiteten in einer Eingabe an die Direktion die Wünsche der Arbeiter. Die Firma bewilligte für die niedrig entlohnten Arbeiter eine Lohnhöhung bis zu 5 Pfg. pro Stunde und den Lohnarbeitern 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden. Gegenüber diesen Zugeständnissen erklärten die Genossen, mit solchen Kleinigkeiten gäben sie sich nicht ab, sie erwarteten Wunderdinge von ihrer Sperre, die jetzt ohne den geringsten Erfolg aufgehoben ist.

Ihr Einseitigkeit ihrer Gemeinde schwindelt nun die sozialdemokratische Volkszeitung, durch die Sperre sei eine Besserbezahlung der Ueberstunden für Lohnarbeiter erreicht worden. Also das, was der christliche Verband erreichte, und was die Genossen vorher als nichts bezeichneten, muß dazu herhalten, den Ausgang der Bewegung nicht gar zu blamabel erscheinen zu lassen. Merkwürdig und zum Lachen ist auch die Behauptung des roten Blattes, daß die Sperre mit großer Schärfe geführt worden sei. Die „Schärfe“ bestand wohl darin, daß die arbeitenden Genossen während der Sperre Ueberstunden machten und die Hausen durcharbeiteten; trotzdem ein entgegenstehender Beschluß bestand. Oder etwa darin, daß organisierte Genossen als Sperrebrecher angingen. Welleicht auch darin, daß man neuanfangenden Unorganisierten erklärte, „hier ist die Sperre verhängt, du mußt aufhören, sonst bist du ein Sperrebrecher“, ihm aber gleichzeitig einen Aufnahmefchein des roten Verbandes vorlegte. Müßte er diesen aus, so dürfte der Unorganisierte bleiben, denn er war dann ja ein Genosse, hätte er ihn nicht aus, dann war er ein Lump und Sperrebrecher. So sieht die rote Logik und Moral aus. Endlich kann die sozialdemokratische Volkszeitung unter „der scharfen Durchführung der Sperre“ auch die brüderlichen Freigebnisse der Genossen meinen, die sich über den Begriff „Sperre“ nicht einigen konnten.

Die Sperre ist trotz des roten Terror vollständig ergebnislos verlaufen, weil sie von vornherein verflucht war.

Nicht uninteressant ist, daß das sozialdemokratische Blatt der Gelben gedent, zu denen wascheite Genossen den Grundstod bildeten. Diese hatten mit anderen Genossen die Kündigungs eingeleitet, fielen aber vor Ablauf der Kündigungs um und grüßeten den gelben Werkverein. Also ist auch hier wieder einmal die Tatsache bestätigt, daß die Gelben eine Frucht der Sozialdemokratie sind, und daß sich unter den Führern der Gelben eine ganze Anzahl ehemaliger führender Genossen befinden. Das zeigte sich wiederum vor einigen Tagen bei einem anderen hiesigen Werk, wo die Arbeiter zurzeit im Streik stehen. Diese Firma gründete ebenfalls einen gelben Verein, dessen erster Vorsitzender aber ist ein Mann, der sich in den vorhergehenden Versammlungen damit brüstete, seit 12 Jahren Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu sein.

Eine direkte Meegelei ist es, wenn die Sozialdemokraten wegen ihrer schmählichen Niederlage die Christlichen anrempeln. Wer glaubt, uns bei Bewegungen anschalten zu können — und das haben die Genossen im Falle Rheinische Maschinen- und Metallwarenfabrik getan — muß sehen, wie er fertig wird. Wir lehnen es ab, hinter den Genossen herzutrotten. Das überlassen wir neidlos den Hirsch-Dunderföhen. Wenn im Volkszeitungsartikel ferner von einer Rechtschwendung der christlichen Gewerkschaften die Rede ist, so ist das nichts anderes, wie ein Verlegenheitsgestammel, zur Verschleiern der roten Niederlage. Wo man unserem Verbands das Mitbestimmungsrecht einräumt, machen wir mit, wie das auch gegenwärtig im Kampf bei der Rheinania-Werken geschieht. Glauben die Genossen in ihrem Großkühn Ausschaltungspolitik treiben zu können, so mögen sie auch die Folgen tragen. Für die schmähliche Niederlage auf der „Rheinischen“ sind die Genossenschaftler ganz allein verantwortlich.

Zu bedauern sind die armen Arbeiter, welche die Kosten für den roten Großkühn zu zahlen haben. Ob es den einschüchtligen Mitgliedern des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes nicht bald dämmert; endlich müßte ihnen doch klar werden, daß sie an der Nase herumgeführt worden sind.

Unsern Kollegen aber erwächst die Pflicht, für die Ausbreitung unseres Verbandes unermüdetlich tätig zu sein. Nur dadurch kann dem Großkühn der Genossen wirksam entgegengetreten werden.

Hamburg. Ein frischer Zug durchwehte unsere am 24. Mai stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung. Das war sehr erfreulich, denn es handelte sich darum, in unserer Lokalkasse die Einnahmen den Ausgaben anzupassen. Bezirksleiter Kollege Dohler legte an der Hand einwandfreien Zahlenmaterials die Notwendigkeit einer lokalen Finanzreform klar. In den letzten vier Jahren seien allein für lokale Unterstützungs Zwecke 2894 Mark ausgegeben worden, denen nur 3075 Mk. Einnahmen (ohne die 15 Proz.) gegenüberstünden. Nach der Werftarbeiterbewegung im Jahre 1910 habe unsere Lokalkasse ein Defizit von 104 Mark gehabt. Darnach seien die Kollegen für ein durchschlagendes Opfer zur Stärkung unserer Lokalkasse nicht zu haben gewesen. Das gewiß glänzende und rühmenswerte Opfer des Kollegen H., der ein ganzes Jahr hindurch allmonatlich drei Mark Extrabeitrag an die Lokalkasse gezahlt habe, sei ohne Nachfolger geblieben. Jetzt stehe die Hamburger Lokalkasse an fünfter Stelle im Nordischen Bezirk, während sie eigentlich an erster Stelle stehen müßte. Aus all dem gehe deutlich hervor, daß wir eine durchgreifende Sanierung unserer Lokalkasse vornehmen müßten. Dazu müßte entweder der Lokalausschlag erhöht oder die lokalen Unterstützungen beschnitten werden.

Von einer Kürzung der lokalen Unterstützungen wollten die Kollegen in der Diskussion nichts wissen. Beschlossen wurde, weil unsere Lokalkasse dringend der Aufbesserung bedarf, ab 1. Juli den Lokalbeitrag von 10 auf 20 Pfg. pro Woche zu erhöhen. (Bravo! Reb.)

Kollegen der Ortsgruppe Hamburg! Durch diesen Beschluß sind wir in die Reihe der 16000 Verbandskollegen eingetreten, die schon im Jahre 1911 20 Pfg. Lokalbeitrag zahlten. Alle müssen wir jetzt fest und treu hinter diesen Beschluß stehen und Sorge tragen, daß auch die Kollegen, die nicht in der Versammlung anwesend waren, im reifsten Maß durchzuführen helfen. Wir Hamburger müßten in Zukunft mit unserer Lokalkasse an erster Stelle stehen im Bezirk. Es geht nicht an, daß wir von bedeutend kleineren Orten übertröffen werden. Unter allen Umständen muß es gelingen, unsere Lokalkasse auf denselben Kopfbeitrag zu bringen, den die sozialdemokratische Organisation aufweist. Bei dieser entfallen auf den Kopf des Mitgliedes 11 Mk. Lokalbeitrag, während wir nur 3,50 Mark aufzuweisen haben. Die Verantwortlichen aber sind die gleichen und große Aufgaben harren ihrer Durchführung, die in der nächsten Zukunft die Lokalkasse höchstwahrscheinlich sehr stark in Anspruch nehmen werden. Kollegen! Auf zur Tat; keiner bleibe zurück.

Zurwachen. Am 3. Mai fanden hier die Gewerbezeitungswahlen statt, deren Ausgang von der Metallarbeiterzeitung benannt wird, um in hochtönenden Worten die eigene Sache zu beweiheuern und den verhassten Christlichen am Zeuge zu stützen. Alles muß herhalten, um den bei näherem Zusehen fonderbaren Sieg in schönstem Lichte erscheinen zu lassen; Stadtpfarrer, Mission und Franziskaner läßt man aufmarschieren. Um das „geistige Niveau“ und die „sozialdemokratische Bildung“ des Artikelschreibers der Metallarbeiterzeitung etwas zu beleuchten, sei folgender Satz zitiert: „So haben nun die von unserm Herrn Stadtpfarrer so verhassten und oft verfluchten Notizen im Zeichen der Missionarischen einen großen Erfolg errungen.“

Aber die Sache verhält sich doch etwas anders, als der Schreiber in der Metallarbeiterzeitung glauben machen will. Die Genossen hatten einen Stimmensrückgang von 69, während die Christlichen nur 50 Stimmen weniger hatten als bei der vorhergehenden Wahl. Bei dieser vorhergehenden Gewerbe- richtswahl entfielen ferner auf eine sogenannte „gelbe“ Liste 65 Stimmen. Diese „Friedenspatrioten“ haben fast lächerlich „süß schmeckend marsch“ zur roten Wahlurne gemacht, jedoch die Mehrheit von 53 Stimmen der Sozialdemokraten auf das Konto der „Gelben“ kommt. Das ist weiter nicht verwunderlich. Die Sozialdemokratie ist nun einmal die Mutter der „Gelben“ und diese führen ihre Stammpappeln, die Unterpfeilsine, durchaus mit Recht. Die Fortwanger Sozialdemokraten und mit ihr die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung täten besser daran, nicht so laut „Sieg, Sieg“ zu jubeln, sondern ihre Stimmbänder zu schonen. Ihr Sieg besteht bei näherem Ansehen aus „Unterpfeilsinen“, die jeder ehelich und vorwärtsstrebende Arbeiter gern den Sozialdemokraten überläßt. Wie wir ja den Sozialdemokraten auch neidlos die großen Gehaltsforderungen des belgischen Spielstättenbesizers Marquaval überlassen.

Die christlichen Arbeiter von Furtwangen sollten aus dieser giftig-gewollenen und hohntriebenden Schreiberlei des sozialdemokratischen Blattes die rechte Lehre ziehen. Nämlich in dem christlichen Metallarbeiterverband muß die Lösung sein, dort werden nicht nur eure Arbeitsverhältnisse zu bessern gesucht, sondern auch praktische Erziehungsarbeit im Interesse eures Standes geleistet. Wirkliche christliche Gewerkschaftler bleiben am Wahltag nicht hinter Mutter's Kochtopf sitzen, sondern stellen ihren Mann.

Düsseldorf. Bei der Firma Rheinland haben die Genossen vor 14 Tagen die Arbeit niedergelegt, wobei sie geradezu eine unverantwortliche Taktik einschlugen. Jetzt versuchen die Genossenführer in der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ die verhassten Christlichen als die Sündenböcke hinzustellen. Dabei bedarf es unsererseits einer Klarstellung der Sachlage. Das Verhältnis zwischen Christlichen und Genossen ist in keiner Fabrik seit jeher ein so gespanntes wie bei der Firma Rheinland. Die Genossen haben dort die Oberhand und sie versuchen, wo sie nur konnten, unsere Kollegen zu drangsalieren. Vor einiger Zeit wurde der Betrieb vergrößert und eine Menge neuer Arbeiter eingestellt, darunter auch eine Anzahl christlich organisierter. Das war den großemwahnigen Genossen zu viel. Flugs wurde eine Betriebsversammlung abgehalten und dort eine Kommission gewählt, die den Auftrag erhielt, bei der Firma vorstellig zu werden und zu fragen, wie es komme, daß in letzter Zeit so viele Christliche eingestellt würden. Vorstellig wurde die Kommission aber nicht, weil die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes sich scheute, den Beschluß durchzuführen. Dieser Vorgang zeigt aber recht deutlich, wie Geiltes sind die Genossen auf Rheinland sind.

Die jetzigen Differenzen sind entstanden, weil die Firma versucht, wie auch schon vor drei Jahren, Frauenarbeit einzuführen. Die Frauenarbeit ist in der Metallindustrie nach unserer Auffassung an sich nicht wünschenswert, sie läßt sich aber unter den heutigen Verhältnissen nicht verhindern. Der gleichen Ansicht ist auch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, warum hätte er sonst tausende Arbeiterinnen als Mitglieder in seinen Reihen.

Die Frauen werden von der Firma Rheinland nun an die Radnusschleifbänke gestellt. Die Radnusschleifer sind angelernte Leute, die in einigen Wochen selbständig arbeiten können. Ihr Verdienst ist ein für ungelernete Arbeiter ziemlich annehmbarer. Daher ist es zu verstehen, wenn diese Leute ihre Plätze nicht ohne weiteres an die Frauen abgeben wollen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß man die Frauenarbeit nicht mit Gewalt verhindern kann.

Der sozialdemokratische Verband hielt am Sonntag, den 4. Mai eine Betriebsversammlung seiner Mitglieder in der Radnusschleiferei ab. In dieser Versammlung wurde beschloffen, die Kündigung einzuziehen und fogleich ein Schriftstück unterzeichnet, in dem die Kündigung ausgesprochen wurde. Dieses Schriftstück wurde am Montag morgen der Betriebsleitung übergeben und damit die Kündigung eingereicht. Unsere Kollegen nahmen am 4. Mai ebenfalls Stellung zu der Angelegenheit und beschloffen, daß wegen der Einführung der Frauenarbeit nicht in einen Streik getreten werden könne, weil derselbe von vornherein aussichtslos sei. Diese Ueberzeugung ist früher auch von der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes geäußert worden. Den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern der Firma Rheinland ist von den Beamten ihres Verbandes wiederholt erklärt worden, daß ihnen, falls sie wegen der Frauenarbeit die Arbeit niederlegen würden, keine Unterstützung gezahlt werden könne.

Am Montag, den 5. Mai, rief im Laufe des Vormittags zunächst der Beamte Bergel vom sozialdemokratischen Verband unsere Büro telephonisch an und sagte, daß die Mitglieder seines Verbandes beschloffen hätten, zu kündigen. Von uns erhielt er zur Antwort, daß unsere Kollegen beschloffen hätten, wegen der Frauenarbeit keinen Kampf zu inszenieren. Bergel meinte: „dann ist die Sache für uns ja erledigt.“ Etwas später rief Jäder, der erste Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Düsseldorf, an, und machte die Mitteilung, daß die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes bei der Firma Rheinland sehr erregt seien wegen der Einführung der Frauenarbeit und fragte nach der Stellungnahme unserer Kollegen. Jäder erhielt die gleiche Antwort wie sein Genosse Bergel. Jäder lud uns im Verlaufe des Gesprächs zu einer gemeinsamen Versammlung ein. Auf die Frage, welchen Zweck diese Versammlung haben sollte, erklärte Jäder, um über die Einreichung der Kündigung zu beschließen. Unser Kollege Groß erwiderte ihm, daß die Genossen die Kündigung doch schon eingereicht hätten. Jäder meinte darauf: „Das hat mir Bergel nicht gesagt. Dann ist allerdings die Versammlung überflüssig.“ Eigentümlich muß es berühren, daß der erste Bevollmächtigte nicht weiß, daß seine Mitglieder die Kündigung eingereicht haben.

Auch hier haben die Genossen wieder einmal allein beschloffen, die Kündigung einzuziehen und hinterher sollen unsere Kollegen, die man vorher nicht braucht, mit beiden Füßen in eine von vornherein aussichtslose Bewegung hineinzingeln. Die Genossen mögen sich ein für allemal merken, daß wir dieses ablehnen und ihr Verhalten dementsprechend einrichten.

Wie diese Bewegung von der örtlichen Leitung des sozialdemokratischen Verbandes beurteilt wird, beleuchtet am besten eine Beurteilung Jäders gegenüber einem Vertrauensmann, der auf dem Rheinland-Werke beschäftigt ist. Der Vertrauensmann erkundigte sich bei der roten Ortsverwaltung nach dem Stand der Angelegenheit Rheinland. Ihm wurde erklärt, daß das,

was die auf Rheinland machten, ein Putsch sei, der die Organisation nichts angehe. Und trotzdem wollte man unseren Verband zum Mittun bewegen in einer Sache, für die man selbst die Verantwortung ablehnt.

Nachdem die Radnusschleifer die Arbeit niedergelegt hatten, ging die Firma dazu über, den größten Teil der Arbeiter zu kündigen. Sie begründete dieses damit, daß sie durch die ArbeitsEinstellung der Radnusschleifer nicht mehr in der Lage sei, den Betrieb im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten; sie stellte aber den Bekündigten anheim, nach Beendigung der Differenzen in der Radnusschleiferei wieder in Arbeit zu treten.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Die Genossen tobten gegen die christlichen Arbeiter, verfolgten sie auf der Straße, beschimpften und bedrohten sie, beschmiereten die Hausfronten der Kollegen und was dergleichen „freigewerkschaftliche“ Praesentmittel mehr sind. Das sind die Früchte der sozialdemokratischen Erziehung; die Mitglieder wachsen den Führern aber den Kopf und betätigen sich ehelich anständigen Arbeitern gegenüber als Raubvögel. Einige dieser Vögel werden sich demnächst vor den Gerichten zu verantworten haben. So sorgt die Genossenschaft für Material zu Zuchthausvorlagen.

Und was sind die Erfolge des sozialdemokratischen Putsches? Die Firma beschäftigt heute über 100 Franken. Sie gründete ferner einen gelben Verein. Auch hier zeigt sich, daß verpfuschte sozialdemokratische Bewegungen den besten Nährboden für die gelbe Sumpfpflanze abgeben. Durch Werbereize ist der Arbeiterkampf aber nicht gebiert. Nur durch eine starke christlich-nationale Organisation können die Interessen der Kollegen gewahrt werden.

Essen. Streik auf der Zinkhütte Bielle (Montagne.) Wenn eine Arbeiterchaft jahrzehntelang gezwungen ist, unter den ungünstigsten Bedingungen zu arbeiten, so bedarf es nur einer günstigen Gelegenheit, um das Maß der Unzufriedenheit zum Ueberlaufen zu bringen. So ging es bei den Dienstleuten der Zinkhütte Bielle Montagne in der Gegend bei Essen. Am Donnerstag, den 5. Juni, legten zirka 80 Schmelzer der Zinkhütte ohne vorherige Kündigung plötzlich die Arbeit nieder. Von den in Betrieb befindlichen 23 Schmelzöfen wurden hierdurch 16 stillgelegt. Die an diesen Öfen zu leistende Arbeit gehört zu der ungesundesten und aufreibendsten in der Hüttenindustrie.

Die Löhne der Schmelzer waren folgende: Die ersten Männer, die durchschnittlich 35 bis 40 Grad Hitze auszuhalten haben, verdienen, die Pünktlichkeitsprämie miteinbegriffen, etwa 6 Mk. pro Schicht, die zweiten Männer 5 Mk., die übrigen 4,40 Mark.

Da das Werk noch weitere 16 Öfen anlegen will, hatte es sich eine Anzahl Arbeiter (Schmelzer) aus Nordenham in Oldenburg kommen lassen. Diesen Arbeitern waren Löhne versprochen worden, die diejenigen der eingearbeiteten Schmelzer bedeutend überliegen. Dazu kam noch, daß die fremden Arbeiter mit dem Arbeitgeber kein Einverständnis hatten und nur als Hilfskräfte zu gebrauchen waren. Hierdurch wurden die Arbeiter darauf aufmerksam, daß die Firma auch höhere Löhne zu zahlen in der Lage sei. Ohne der Werksleitung ihre Wünsche vorzutragen, legten die Schmelzer einfach die Arbeit nieder und verlangten dann ihre Forderungen ein. Diese lauteten auf Einführung eines festen Lohnes, für erste Männer 6 Mk., für zweite Männer 5,50 Mk. und für die nachfolgenden Männer 5 Mk. pro Schicht. Die Forderungen wurden durch eine von der Arbeiterchaft gewählte Kommission der Direktion unterbreitet, die aber keine Antwort gab. Jetzt erst kam den Arbeitern der Mangel jeglicher Organisation zum Bewußtsein. Die Hälfte der Streikenden schloß sich darauf sofort dem christlichen Metallarbeiterverband an, worauf die Vertreter unseres Verbandes die Leitung der Bewegung übernahmen.

In einer überaus gut besuchten Versammlung legten sie der Arbeiterchaft nahe, daß die Arbeitsniederlegung unkorrekt und deshalb vom gewerkschaftlichen Standpunkte zu verurteilen sei. Wenn diese Bewegung Erfolg versprechend sein sollte, wäre in erster Linie vollständiger Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband, andererseits die baldmöglichste Wiederaufnahme der Arbeit Vorbedingung. Einkimmig wurde nun der Beschluß gefaßt, am nächsten Morgen die Arbeit wieder aufzunehmen und durch eine Kommission im Beisein zweier Organisationsvertreter der Direktion die Wünsche der Arbeiter nachmals zu unterbreiten und zu begründen. Am anderen Morgen trat die Belegschaft vollständig zur Arbeit an. Die Vertreter unseres Verbandes wurden im Beisein der Kommission bei dem Direktor des Werkes vorstellig. In der etwa einstündigen Verhandlung wurde nachstehendes Resultat erzielt:

Die ersten Männer sollen in Zukunft bei 12 Prozent Verlust einen Mindestlohn von 6,50 Mark, die zweiten Männer 5,60 Mark, die weiteren 4,70 Mark pro Schicht erhalten. Bei weniger Verlust bekommen die Arbeiter einen höheren Lohn.

Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung finden nicht statt. Ferner wird den Arbeitern die Pünktlichkeitsprämie, deren sie sonst bei Feiern auch nur einiger Stunden verlustig gehen, in dieser Lohnperiode voll ausbezahlt.

Die Arbeiterchaft der Zinkhütte erklärte sich in einer von fast sämtlichen Arbeitern des Werkes besuchten Versammlung mit dem Erreichen einverstanden und versprach durch Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband die Einigkeit zu stärken. Noch am selben Abend schloß sich der noch unorganisierte Teil der Schmelzer dem Verbande an. Durch das Eingreifen unseres Verbandes sind die Arbeiter der Zinkhütte nicht nur vor größerem Schaden bewahrt geblieben, sondern haben ihre Forderungen auch durchsetzen können. Der Erfolg dieser Bewegung ist umso höher zu bewerten, weil unsere Organisation als Vertretung der Arbeiterchaft anerkannt wurde. Die übrigen Arbeiter der Zinkhütte mögen aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß nur durch eine starke, gut geleitete Organisation ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden können.

Sterbetafel.

Rosenberg. Am 27. April starb unser Vertrauensmann Kollege Walzwerkerarbeiter Jo. Sperber an einem Kehlkopfleid im Alter von 40 Jahren. — Unser Kollege Hochofenarbeiter J. G. Aures starb am 30. April im Alter von 52 Jahren an einem Lungenleiden.

Munberg. Kollege Hochofenarbeiter J. Wiefent starb am 5. Mai im Alter von 71 Jahren an Herzwasserjuch. Nürnberg. Am 31. Mai starb unsere treue Kollegin Josefa Luther, im Alter von 53 Jahren an einem Lungenleiden.

Hann-Weiff. Der Kollege Pospeshill ist am 4. Juni tödlich verunglückt.

Bielefeld. Am 5. Juni starb unser treuer Kollege Wilhelm Koch im Alter von 22 Jahren an einem Kehlkopfleid.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 14. Juni.

- Anagbura. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle.
Barmen. Abends 8:30 Uhr im Freyeshof, Ecke Jäger- und Mühlweg.
Berlin-Norden. Abends 8:30 Uhr bei Ehlde, Hülstest. 4-5.
Bielefeld. Abends 8:30 Uhr bei Gustav Erhoff, Althofstraße.
Chemnitz. Abends 8:30 Uhr im Friedrichshof, Brauhofstr. 13.
Duisburg. Abends 8 Uhr bei Seeger.
Düsseldorf. Abends 8:30 Uhr bei Gruber.
Eisenach. Abends 8:30 Uhr bei Quering, Ecke Mühlweg und Barbarastr.
Essen. Abends 8:30 Uhr im Westfälischen Hof.
Essen-Altstadt. Abends 9 Uhr bei Buchmüller.
Essen-Werden. Abends 8:15 Uhr bei Birgmann.
Gumburg. Abends 8:30 Uhr im Wilhelms Gesellschaftshaus, Köhlerstr. 27.
Köln-Endenbach. Abends 9 Uhr bei Siedler, Bachemstr. 120.
Köln-Deich. Abends 8:30 Uhr bei E. Deuer, Wilhelmstraße.
M. Glabbach-Schlöffer, Dreher, Bohrer usw. Abends 9 Uhr bei Woden, Marktstr.
München-Ortsverwaltung. Abends 8 Uhr im Lokale Leopoldstadt, Seneckerstr. 11.
Neheim 1. Bezirk. Abends 8:30 Uhr im Gesellschaftshaus.
Solingen-Saun. Abends 8:30 Uhr bei Krahmüller.
Stuttgart-Neuerbad. Im goldenen Joch, Stuttgarterstraße.
Stuttgart-Endenbach-Neuerbad. Abends 7 Uhr bei Wetzmann.
Stuttgart-Nußentwägen. Abends 8:30 Uhr in der Traube.
Tübingen. Abends 8:30 Uhr bei W. Lunge.
Wohlfahrt. Abends 8:30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178.
Würzburg. Abends 8 Uhr im Lokale Enders, Herrngasse.

Sonntag, den 15. Juni.

- Berlin-Ober-Schönebeide. Jeden 3. Sonntag vorm. 11:30 Uhr bei Dlesch, Wassert. 16.
Duisburg-Neuerbad. Mittags 2 Uhr im St. Josefshaus, Neufahrwasser.
Duisburg-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr bei Schröder, Dittstraße.
Düsseldorf-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
Düsseldorf-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr bei Wöden, Hofstraße.
Düsseldorf-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr bei Stelmann, Grünlingstr. 18.
Essen-Altstadt. Abends 7 Uhr bei Esser.
Essen-Berge-Vorbeck. Vorm. 11 Uhr bei Knepper, Hofstraße.
Essen-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr bei Kottgier.
Essen-Segeroth. Abends 8 Uhr bei Langenber.
Gesellschaftshaus-Neuerbad. Morgens 11 Uhr im Anhalter-Restaurant.
Köln-Deich. Morgens 11 Uhr bei Georg Saffner, Hauptstr. 28.
M. Glabbach-Schlöffer. Vorm. 10:30 Uhr bei Lönnendonk.
Neheim-Südring. Abends 6 Uhr bei Rehrwald.
Siegburg. Morgens 11 Uhr bei Menckelen, Kronprinzengasse.
Waldenburger. Abends 8 Uhr bei Kappeler, Fischerstraße.
Wasseralfingen. Abends 7:30 Uhr bei Böle.
Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon, Langstraße.

Mittwoch, den 18. Juni.

- Duisburg-Neuerbad. Abends 8 Uhr im Vereinshaus Dltwa.
Heiligenhaus. Abends 8:30 Uhr bei Rüppelbisch, Hauptstraße.

Donnerstag, den 19. Juni.

- Duisburg-Neuerbad. Abends 8 Uhr bei Wolkowak.

Samstag, den 21. Juni.

- Baun. Abends 8:30 Uhr im Albershof.
Bremen. Abends 8:45 Uhr im Colosseum, Düsternstraße 1.
Düsseldorf-Vikt-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Viktoriastr.
Düsseldorf-Silden. Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser Wilhelm-Platz.
Freiburg i. B. Abends 8:30 Uhr im Gantlerhof, Schiffstr. 7.
Halle. Abends 8:30 Uhr bei Thomas, Bördelstr. 18.
Ingolstadt. Abends 8 Uhr im Rath. Vereinshaus, Referent: Bezirksleiter Konrad-Munberg.
Karlsruhe. Abends 8:30 Uhr im Palmengarten.
Köln-Deich. Abends 9 Uhr zur Krone, Freiheitstr. 19.
Köln-Endenbach. Abends 8:30 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.
Köln-Schölerberg. Abends 8:30 Uhr bei Huth, Marktstraße.
Mittwe. Abends 8:30 Uhr bei Ed. Rosenbach, Bördelstraße.
M. Glabbach-Vormer und Giebereiarbeiter. Abends 9 Uhr bei Woden, Marktstr.
Neheim 3. Bezirk. Abends 8:30 Uhr bei Patrich.
Neheim 5. Bezirk. Abends 8:30 Uhr in der Schützenhalle.
Regensburg. Abends 8 Uhr in der Jakobikirche.
Stuttgart. Abends 8:30 Uhr im römischen König, Solstr. 3.
Stuttgart-Cannstatt. Abends 8:30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.

Sonntag, den 22. Juni.

- Duisburg-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr im Zoppoter Hof.
Duisburg-Ortsverwaltung. Vorm. 10:30 Uhr im Burggader in Duisburg, Adenauerstraße, außerordentliche Generalversammlung.
Düsseldorf-Neuerbad. Vorm. 11 Uhr bei Floh, Niederstraße.
Herbede. Vorm. 11 Uhr bei G. Hien, Hauptstraße.
Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Höntgesberg, Breuerstr. 14.
M. Glabbach-Neuerbad. Vorm. 10:30 Uhr im Grünwald.
Neheim-Südring. Nachm. 4 Uhr im Gesellschaftshaus.
Neheim 2. Bezirk. Vorm. 11 Uhr bei Demmer, Wühnenstraße.
Oberhausen-Nld. Vorm. 10:30 Uhr bei Kemmerling.
Troisdorf. Morgens 11 Uhr bei Wiß, Kürten, Kirchstraße.
Wetter. Vorm. 11 Uhr im evangel. Vereinshaus.

Adressenveränderungen.

Strasbourg i. E. Unterstützungen zahlt jetzt Kollege Kraut aus, seine Adresse ist Bittcherstraße 6 im Gesellschaftshaus.

Wir suchen einen jüngeren, unverheirateten Maschinen-schlosser, der möglichst mit Dreharbeiten vertraut ist. Freie Wohnung in der Kafene. Meldungen mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften an Zuckerfabrik Groß-Düngen (Proving Hannover).

Selbständig arbeitenden älteren Bau- und Kunstschlossern unseres Verbandes wird dauernde und lohnende Arbeit nachgewiesen. — Meldungen mit Altersangaben sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstraße 17.